

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntag-Belager. "Neue Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 M. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 M., für das übrige Ausland 2 M. pr. Monat. Einget. in der Post-Beitragungs-Verzeichnis für 1893 unter Nr. 4705.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Zusätze für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Kreuzschiff-Zusatz  
Juni 1. Nr. 4180.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 14. Februar 1893.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Die monopolistische Neigung des Kapitals.

Die Verschmelzung kapitalstarker und leistungsfähiger Industrie-Etablissements, wie sie jüngst Krupp und Gruson vollzogen, scheint jetzt große Dimensionen annehmen zu wollen. Gerüchte, die in den letzten Tagen hartnäckig auftauchten, melden von Vereinigungsplänen zwischen den Fabriken von "Schwarzloppf und Ludwig Löwe", "Krupp und Baare" (Bochumer Gußstahl-Verein), "Bullant (Stettin) und Schichau" (Elbing), und daneben tauchen noch andere Kombinationen dieser Art auf. Der Zug nach Monopolen, wie er in dem Vereinigungsdränge ganzer Industriedistrikte zu einem konkurrenzlosen Ganzen offenbar wird, bedeutet ohne Zweifel eine neue Etappe in dem Wirtschaftsleben des kapitalistischen Staates und verdient darum die gespannteste Aufmerksamkeit des Sozialpolitikers, der in diesen Riesenzusammenballungen von Kapitalien den Anfang vom Ende der heutigen Produktionsmethode zu sehen hat.

Was die oben bezeichneten Kombinationen betrifft, so haben die Beteiligten zwar jene Gerüchte über Vereinigungsbestrebungen geleugnet. Diese Gerüchte aber sind immer wahr. Ist doch der Drang der Einzelbetriebe zu allmächtigen Monopolbetrieben eine unumgängliche Folge des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Mag beispielsweise das Fusionengerücht von Schwarzloppf und Löwe heute noch verfrüht sein; in einigen Wochen, in einem Jahre ist es sicher richtig. Wahrscheinlich aber ist es jetzt schon zutreffend, ungeachtet der in die gefälligen Börsenblätter hineingeschnittenen Ablehnungen.

Das gleiche Verwirrspiel konnte man unlängst erst bei der Krupp-Gruson-Verschmelzung beobachten. Es ist das nichts als Geschäftskünste. Denn das "Geschäft" wird gestört, wenn zu viel Unberufene "vorzeitig" um die Sache wissen. Hätten im Falle Gruson-Krupp, Hinz und Kunz von dem Geschäftlichen Wind gehabt, hätten sie den Kaufschilling gefolgt, den Krupp für jenes Werk bezahlte, so würden sie, so würde jeder Ladenkommiss Gruson-Aktien an der Börse gekauft haben, die innerhalb weniger Tage von 130 bis 180 stiegen, wie von unsichtbarer Hand gehoben. Und es hätte sich in dem Papierchen eine richtige "Kommiss-hausse" entwickelt. Die Börsenhäute hätten bei einer Kommiss-hausse aber nicht jenes schöne Sämmchen einfaden können, das sie tatsächlich eingesackt haben, wie es den "Berufenen", die man die "Eingeweichten" nennt, natürlich zukommt. Und so entstanden die Dementis.

So entstehen stets solche Dementis. Sie sind das Fundament jeder Börsenjoberei. Wirtschaft Horatio! Alles Wirtschaft! sag ich Dir. Und nicht der reinlichsten eine.

Wenn wir diesen Fall aus der jüngsten Vergangenheit so liebevoll ins Detail verfolgen, so geschieht es, um daraus zu folgern, daß derlei Widerrufe meist das Papier nicht werth sind, auf dem sie geschrieben.

Die Vereinigung der eingangs genannten Etablissements

wird erfolgen, weil sie im Interesse der ungehinderten Ausbeutung der Konsumenten erfolgen muß, und keine Ablehnung wird etwas daran ändern.

Gehen kleine Betriebe in größere Konkurrenzunternehmen auf, wie wir das Tag für Tag sehen, so fällt das Kleinandsonderlich auf. Der Große, sagt man dann, hat den Kleinen verschlungen. Das ist der Lauf der Welt im kapitalistischen Kampf ums Dasein. Streben aber Werke zusammen, welche, wie Krupp und Löwe, Gruson und Schichau, die der Vereinigung nicht zu ihrer Existenz bedürfen, weil sie jedes für sich in hoher wirtschaftlicher Blüthe stehen (und welches Nordwerkzeuge produzierende Unternehmen stände in Deutschland nicht in Blüthe?), so muß der springende Punkt wo anders gesucht werden.

Wir werden nicht fehlgehen, wenn wir in der jetzt bis zur Tollheit gesteigerten Sucht zur "Vergewaltigung der Preise" die Triebfeder für die Bündnißbestrebungen der Ritter vom Schornstein erblicken.

Die Ausrüstung der Gewehr- und Pulverfabriken, der Schiffs- und Torpedowerkstätten, der Panzer- und Kanonenfabriken hat nur den einen Zweck, die Erzeugung in bestimmten Artikeln zu monopolisieren, um alsdann die Preise den Verbrauchern selbstherrlich vorzuschreiben zu können. Man begnügt sich nicht mehr mit den Einzel-Riesenbetrieben à la Gruson und Krupp. Es kommt jetzt so, wie die Theoretiker es den Praktikern vorhergesagt haben. Man bringt die Produzenten eines ganzen Bedarfsartikels unter einen Hut, verewaltigt die Konsumenten (siehe Kohlen-syndikat, Petroleumring, Schienenartell etc.), und die ganze Ausbeutungsmaschinerie nennt man obendrein eine gemeinnützige Veranstaltung, ein Kartell. Neuerdings nun ging man, wie bei Krupp-Gruson, dazu über, dort wo es der vielen auseinanderstrebenden Interessen wegen nicht angeht, Kartelle zu schaffen, Fusionen zu bilden. Diese Fusionen, welche die kapitalträchtigsten Selbstherrscher anstreben, kommen in ihrer Wirkung auf die Volkswirtschaft den Ringen gleich, denn auch diese Zusammenballungen üben ein erdrückendes Uebergewicht auf die anstehenden Konkurrenten aus. Im zollgeschützten Inlande mit unfehlbarer Sicherheit, oft auch im Ausland. Die Industrielöwe erwürgen die Konkurrenz, und wenn es wahr ist, wie die Manchesterleute als Dogma predigen, daß die Sorge vor Ueberflügelung durch die Konkurrenz der stärkste Antrieb zur wirtschaftlichen Vervollkommnung und Vollenbung der Technik sei, so ersäuden sie auch das Vorkäufstreiben der Menschheit, den Sporn zum Ehrgeiz, den Popanz auf der Stange, den man den Spieglern prahlend zeigt, wenn man ihnen graulich machen will vor der Sozialdemokratie und ihren Gleichheitsidealen.

Die monopolistische Macht des Reichthums ist unverkennbar. Auf dem Gebiete der Produktion hat sie mit den Massenvereinigungen der Privatbetriebe eine neue Etappe begonnen, auf dem Gebiete der Geldansammlung ist sie seit Jahrzehnten schon ins Titanenhafte gewachsen. Was einst von den Riesenvermögen der

Plutokratie galt: "Der Vater erwirbt's, der Sohn ererbt's, der Enkel verdirbt's", das ist heute, wo das Kapital sich tausend Kanäle gearbeitet hat, mittels derer es polyphenartig den Wirtschaftskörper, sicher und dennoch riskolos, auslaugt, nicht mehr zutreffend. Großkapital und Großbetriebe, sie allein stellen das Sichere, das Bleibende, in dem großen Vernichtungskampfe Aller gegen Alle dar. Daher das gierige Streben nach höchster Macht, zum Monopol.

Diese anfangliche Neigung des Kapitals zum Monopolbetriebe zu beklagen, haben wir keinen Grund. Wohl beklagen wir die damit Hand in Hand gehende Stärkung der Macht der Arbeitgeber den Arbeitern gegenüber. Andererseits aber sehen wir in den Monopolbestrebungen des Großkapitals die Todtengräberarbeit der bankbrüchigen Gesellschaft, in den Fusionen industrieller Etablissements eine neue Etappe in dem großen Auflösungsprozeß der Kapitalistenwirtschaft.

Wo der Privatbetrieb sich dem Monopol nähert — und sei es selbst das egoistische, auf Schädigung der Volkswirtschaft beruhende, Monopol der Industriebarone —, da sind die Fundamenteine für unseren Gesellschaftsaufbau gelegt.

Und die kapitalistische Gesellschaft? Sollte sie so verblendet sein, daß sie den Zusammensturz nicht sähe?

O, sie sieht ihn, wenn sie auch Zuversicht heuchelt. Sie mittelt Morgenluft und weiß so gut wie wir, wohin die Reise geht. Sie kann das Gefährt aber nicht bremsen, auch wenn sie wollte. Glückliche Reise!

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Februar.

Die Immunität der Abgeordneten. Daß ein Abgeordneter während der Dauer der Session nicht verhaftet werden kann — außer wenn ein rechtskräftiges Urtheil vorliegt —, das wird auf Grund der Reichsverfassung sowie der Einzelstaat-Verfassungen allseitig anerkannt. Kann aber ein Abgeordneter während der Dauer der Session als Zeuge zwangsweise vorgeführt werden? — das ist eine Frage, die bis jetzt noch nicht zur Entscheidung gelangt ist. Einmal war sie — in den achtziger Jahren — in Dresden aufgetaucht, wo Liebknecht als Zeuge vorgeladen ward unter Androhung zwangsweiser Vorführung. Liebknecht weigerte sich zu kommen und erklärte, daß eine solche Androhung sich mit der Immunität der Abgeordneten nicht vertrage. Daraus verzichtete das Gericht auf die Androhung, und da das Zeugniß Liebknecht's von Wichtigkeit war, so gab er dasselbe ab, und die Frage kam infolgedessen nicht zum prinzipiellen Austrage.

Jetzt schwebt hier in Berlin ein ähnlicher Fall. Der Chefredakteur der "Kreuz-Zeitung", Herr v. Hammerstein,

zarten Sorgfalt, welche den Gegensatz zu dem Benehmen Rojuffow's bildeten, zu fühlen.

Die Thüre von Nepin's Haus hatte sich kaum hinter ihnen geschlossen, als Gregor den Freund am Arm ergriff und ihn im erregten Tone fragte: — "Nun, sage mir, wie denkst Du über Tatjana Grigoriewna?"

"Nun, sie gefällt mir ziemlich gut," war die ruhige Antwort.

Gregor ließ den Arm seines Freundes fahren und wandte sich in mürrischem Schweigen um. Dies war die Belohnung seiner Aufopferung während des ganzen Abends. Er war enttäuscht, beinahe beleidigt. Gab es noch einen zweiten Menschen von so herausfordernder Mächtigkeit wie Andrej?

Er beruhigte sich aber bald und begann, seinen Freund zu entschuldigen. Man konnte nicht verlangen, daß man nach einer einständigen Unterhaltung einen Menschen vollständig kenne.

Da Andrej nicht in der Verfassung war, über das Mädchen zu sprechen, übernahm denn Gregor, um sich zu trösten, diese Aufgabe. Er war unerschöpflich in der Behandlung dieses Themas, und er konnte in dasselbe in der angenehmsten Weise Abwechslung bringen.

Andrej war ein sehr guter Zuhörer, der rasch begriff und wenig einzuwenden hatte. Dies war der Ursprung ihrer alten Freundschaft. Auch jetzt wieder hörte er Gregor mit dem gewöhnlichen sympathischen Interesse zu, schien aber nicht mit ihm übereinzustimmen.

"Charakterstärke!" unterbrach er Gregor, "ich zweifle, daß sie welche besitzt, in Deinem Sinne jedenfalls." Gregor lächelte über einen solch großen Irrthum seines Freundes.

### Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

14

### Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepniak.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

Er befragte sie über ihre gegenwärtige Beschäftigung und ihre intellektuellen Bestrebungen, ihre politischen Meinungen, ihre Gedanken und ihre Lebenszwecke. Diese Fragen beunruhigten und bewegten sie ein wenig, sie freute sich aber über dieselben und verjügte nicht, sich dem sonderbaren Einflusse, welchen dieser Mann über sie ausübte, zu entziehen. Nach der ersten Viertelstunde fühlte sie sich ganz wohl in seiner Gesellschaft, als ob sie beide schon lange bekannt gewesen wären.

Gregor, welcher der Anziehungskraft Tanja's nicht widerstehen konnte, gestellte sich zu ihnen, zog sich aber bald zurück. Es war ihm so sehr darum zu thun, daß sie gute Freunde werden sollten, daß er bereit war, sich anzupfeifen, um ihnen Gelegenheit zu einer ruhigen Unterhaltung zu geben. Er begnügte sich, das Mädchen aus der Entfernung zu betrachten und schnell die Augen niederzuschlagen, wenn er Andrej's leicht spottenden Blicken begegnete.

Ein Viertel vor Zwölfe, um welche Zeit die Stunden besonders gefährlich zu werden beginnen, verabschiedeten sich Andrej und Gregor, und die Gesellschaft brach auf. Tanja zog sich, erfüllt von den angenehmen Eindrücken

des Abends, in ihr Schlafzimmer zurück. Sie legte ihr elegantes Kleid ab, dessen Kostbarkeit nicht mit den Anschauungen ihres Kreises übereinstimmte. Gregor hatte ihr zu verschiedenen Malen heftige Vorwürfe wegen ihrer Liebe zum Puh gemacht. Vor einem großen Spiegel sitzend, ordnete sie ihre schweren Flechten für die Nacht.

Sie war im Ganzen sehr zufrieden mit ihrer neuen Bekanntschaft. Daß ein Mann gleich Andrej Rojuffow augenscheinlich den Wunsch hegte, ihr Freund zu werden, schmichelte ihrer jugendlichen Eitelkeit.

"Wie ergötlich er mich ansah, als er um die Erlaubniß bat, mich wie einen Kameraden zu behandeln!" rief sie aus, und sie lachte laut und zeigte im Spiegel eine Reihe weißer, kleiner Zähne, und glänzende schwarze Augen.

Als sie sich aber die Details ihres ungewöhnlichen Gesprächs ins Gedächtniß zurückrief, wurde sie anderen Sinnes. Rojuffow war der erste Verschwörer von Bedeutung, den sie kennen gelernt hatte. Gregor war in Wirklichkeit hervorragender, bildete aber zugleich eine Ausnahme und konnte nicht mit dem gewöhnlichen Maßstabe gemessen werden. Warum wollte Rojuffow aber so viel über sie wissen? Persönlich konnte sie ihm kein Interesse einflößen. Er war ein Verschwörer und wollte sich vergewissern, ob sie werth war, angeworben zu werden oder nicht. Sie konnte ihm möglicherweise Nutzen bringen, und er war gekommen, um ihren Werth abzumessen. Das war alles. Dieser Gedanke erfüllte sie mit Aerger gegen sich selbst und machte sie sehr elend. Sie konnte sich nicht vergeben, daß sie fast das Objekt seiner Experimente gewesen war; er hatte sie über-rumpelt; das nächste Mal würde sie ihn eines besseren belehren. Als das Bild Gregor's vor ihren Augen auftauchte, überflutheten Reue und Bärtlichkeit ihr Herz. Sie begann den Werth seiner verschwenderischen Liebe und



ist in einem Prozesse als Zeuge vorgeladen worden unter Androhung des Vorgeführwerdens im Falle des Nichterscheins. Herr v. Hammerstein ist nicht gegangen; er berief sich auf seine Immunität als Abgeordneter, und der preussische Landtag hat jetzt zu entscheiden. Ein nationalliberales Blatt — wo es gilt Volksrechte und Rechte der Volkvertretung zu opfern und zu verrathen, müssen die nationalliberalen „Manneskölen“ ja immer voran sein — die „National-Zeitung“, bestreitet das Recht Hammerstein's, Zwangsweise Vorführung sei keine Verhaftung. Das ist aber dummes Zeug, und es kann nicht dem mindesten Zweifel unterliegen, daß der Chefredakteur der „Kreuz-Zeitung“ Recht hat, und die „National-Zeitung“ Unrecht. —

Die Budgetkommission des Reichstages hat heute die Beratung des Militärvetos beendet. Die Militärvorlage hat ihre starken Schatten in den Saal der Budgetkommission geworfen; die Bewilligungsfreudigkeit dieser Kommission in Sachen „Militaria“ war nie so groß, als in diesem Jahre, wo unter der schwebigen Leitung des Hochkommandirenden Majors von Düne — im Zivilverhältnis ist dieser Herr Vorsitzender der Budgetkommission — der Regierung zum Trost für die wahrscheinliche Ablehnung der Militärvorlage, der Militärveto fast in seinem ganzen Umfange bewilligt worden ist.

Die Kommission hat ihre Beratungen — denen nur noch die finanzielle Gruppierung des Etats verbleibt — bis Ende nächster Woche angehängt. Die Militärkommission wird von morgen an alle Tage sitzen, da, wie es scheint, allseitig Neigung vorhanden ist, des grausamen Spiels genug sein zu lassen.

Ein hocherfreuliches Zeugnis dafür, wie sicher die Verwerfung der Militärvorlage im Volke ist, finden wir in dem Umstand, daß der Kriegerbund in Köln und der deutsche Bürgerverein „Fürst Bismarck“ in Berlin zu gunsten der Vorlage eintreten.

Wenn schon diese Register gezogen werden, dann muß es schlimm stehen um die Sache, welche Graf Caprivi mit so heißem Vermissen vertritt.

Die Situation, in welcher sich die Militärvorlage befindet, wird auch in solch heiterer Weise illustriert durch die Initiative, welche einige Herren des seligen Kartells ergriffen haben, um in einer Berliner Versammlung die Nothwendigkeit der Bewilligung der Regierungsvorlage beschließen zu lassen.

In einem Flugblatt wird zu reger Theilnahme an dieser Versammlung eingeladen. Als Einberufer figuriren einige der bekannten Notabeln, die sich immer einfinden, wenn es gilt, dem Volke klar zu machen, daß es neue Lasten auf sich nehmen muß.

Daß sich in diesem Aufstus Germanen und Juden brüderlich vereinen, um die Militärvorlage durchzudrücken, wird den Reichskanzler zwar herzlich erfreuen, aber die um Stöcker herum werden es als eine besondere Niederträchtigkeit ansehen, daß die Arier sich bei ihrem patriotischen Werk die Gesellschaft von Semiten gefallen lassen. —

Der „Reichs-Anzeiger“ hält es für geboten, über die von der Staats-Eisenbahnerwaltung im Sommer v. J. „versuchsweise“ eingeführte Aenderung in der Lohnzahlung das Wort zu nehmen und endlich auf die vor geraumer Zeit bereits erhobenen Angriffe zu antworten. Die monatliche Zahlung des Arbeitslohnes sei schon vorher vielfach in Brauch gewesen, ohne daß die Arbeiter sich beschwert hätten. Wegen der Erleichterung der Berechnung wäre dieser Brauch versuchsweise verallgemeinert, aber den Arbeitern, welche es verlangen, in der Mitte des Monats eine Abschlagszahlung geleistet, die von dem wirklich verdienten Lohn nur um eine Kleinigkeit differirte, die etwa den Beiträgen zur Krankenkasse zc. entsprach. Von nachtheiligem Einfluß auf die Wirtschaftsführung der Arbeiter könne also die veränderte Art der Lohnzahlung nicht gewesen sein. Von den Arbeiterausschüssen hätten sich anfangs zwar einige gegen die Aenderung ausgesprochen; Mandatsniederlegungen seien aber nicht erfolgt, da die Ausschüsse belehrt wurden, es handle sich nur um einen Versuch. Alles dieses würde vielleicht ins Gewicht fallen, wenn es der „Reichs-Anzeiger“ vor drei Monaten gesagt hätte; jetzt aber hat alles, was der „Reichs-Anzeiger“ von Zu-

stimmung der Arbeiter und Arbeiterausschüsse sagt, sehr den Schein des Erzwingenen. —

Für die Gewissensfreiheit sprach sich in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses der Kultusminister Dr. Boffe aus; er für seine Person hat eine platonische Neigung für die Gewissensfreiheit. Nicht er, sondern das Gesetz verpflichtet aber die Dissidenten, ihren Kindern Religionsunterricht ertheilen zu lassen. Der Vater könne religionslos sein, aber seinen Kindern müsse er Religion beibringen lassen. Was aber Religion sei, das habe nicht der Vater zu bestimmen, das entscheide er, der Kultusminister. Für ihn gebe es keine atheistische Religion, Religion ohne Gott sei keine Religion. Seine Erklärung für die Gewissensfreiheit und gegen den Gewissenszwang lief also darauf hinaus, daß er jedem die volle Gewissensfreiheit erlaube, soweit sie mit den Anschauungen des Ministers übereinstimmt. Wenn das Gewissensfreiheit ist, so möchten wir wohl wissen, wie nach Herrn Boffe der Gewissenszwang aussieht. —

Die Befegung des Reichsgerichts findet zwar durch den Kaiser statt, doch werden die zu ernennenden Richter durch die Einzelstaaten vorgeschlagen. Abwechselnd haben die Einzelstaaten das Vorschlagsrecht, das nach einem bestimmten Turnus ausgeübt wird. Gegenwärtig hat für die thüringischen Staaten Meiningen das Vorschlagsrecht auszuüben, und dasselbe schlug einen simplen Landesgerichtsrath für das höchste Richteramt vor. Darob Entrüstung der „National-Zeitung.“ In einem Posten, nach welchem sich Ministerialräthe, Oberlandesgerichtsräthe, Landgerichtspräsidenten, Oberstaatsanwälte und Professoren drängen, bringt die Meiningische Regierung einen Landrichter, und nächstens, wenn an ihm die Reihe ist, Reuß-Greiz wohl gar einen einfachen Amtsrichter in Vorschlag. Nun, jeder Fürst wählt natürlich einen ihm genehmen „Unterthan“, und in der Reichsverfassung ist die Weisheit des Fürsten Reuß von Gottes Gnaden um kein Gran geringer veranschlagt, als die irgend eines Königs. Vielleicht paßt in das Amt eines Reichsgerichtsrathes auch viel eher ein einfacher Landrichter eines Kleinstaates als irgend ein „streberischer“ Oberstaatsanwalt eines größeren Staates. —

Zu den Stimmen für den Militarismus, welche die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sorgsam registriert, zählt das offiziöse Blatt auch eine am Freitag in Eiberfeld abgehaltene Versammlung dortiger Bürger, welche nach einem Vortrage des Prof. Deibrod das Schreiten der Vorlage für „ein nationales Unglück“ erklärte. In dieser Versammlung erhielten nur das Wort die Verteidiger der Militärvorlage, Gegner wurden nicht zugelassen, die große Mehrheit mußte den Saal verlassen, um für die „gutgesinnten“ Bürger Raum zu schaffen. Die ganze Versammlung war ein ungeheures Fiasko der Verteidiger der Militärvorlage.

Auch die Kundgebungen der Kriegervereine müssen den Offiziösen als Beweismittel für die Nothwendigkeit und Volkshämlichkeit der Militärvorlage dienen.

Wie allgemein im Volke die Stimmung gegen die Militärvorlage ist, erkennt man schon an der jämmerlichen Art der Kundgebungen für dieselbe. Nationalliberale Prophen und Agrarier, die unter der Bedingung der Bewilligung ihrer egoistischen Forderungen für die Militärvorlage eintreten, Kriegervereine, eine Hand voll konfusier Professoren — daraus setzt sich der ganze Quark der Verteidiger der Vorlage zusammen. —

Die „Arbeiterfreundlichkeit“ des Zentrums tritt mehr und mehr in den Hintergrund, und besonders in Rheinland-Westfalen giebt sich das Bestreben kund, den immer mehr schwindenden Einfluß auf die Arbeiter durch freundschaftlichere Beziehungen zu König Stumm und der Koalition des kapitalistischen Proletariats zu ersetzen. Sowohl in der Presse wie im Reichstage, bei der Behandlung des Bergmannsstreiks, bei den Angriffen auf die Arbeiter-Ausschüsse und die ganze sogenannte Arbeiterschutz-Gesetzgebung, bei der Behandlung des Fabrikinspektors, und insbesondere auch in der Frage der Sonntagsruhe zeigt es sich, daß das Zentrum sieht und erkennt, daß es mit seiner Führung der katholischen Arbeitermassen zu Ende geht und daß es deshalb auch das Mantelchen der „Arbeiterfreundlichkeit“ abwerfen kann. —

„Ich sehe, Du kennst sie ganz und gar nicht,“ sagte er.

„Möglich. Obgleich es doch so sein dürfte,“ erwiderte Andrej.

„Du bist wahrscheinlich durch jene nachgiebigen Manieren, welche Mädchen ihres Standes eigen sind, irre geleitet worden.“ „Hältst Du sie für eine Salonbabe?“ „Ich hielt sie im Gegentheil für sehr einfach und natürlich, — ein gutes, natürliches, russisches Mädchen und sonst nichts.“

„Sonst nichts! Dann gefiel sie Dir wohl gar nicht? Und Du behauptest das doch.“ Andrej lachte.

„Du irrst Dich, mein guter Burische,“ sagte er gut gekannt. „Um Dir zu beweisen, daß sie mir wirklich gefiel, sage ich Dir zugleich, daß, wenn sie sich in Dich und Du Dich in sie verliebst, ich auch ohne Zögern meinen väterlichen Segen ertheile.“

Zum ersten Male hatte Andrej zu Gregor so offen über seine Liebesaffäre gesprochen. Er wollte sie beisammen sehen, um seiner Sache sicher zu sein, da er wohl wußte, wie oft dieser „Unfuss“ wie er die Liebe im allgemeinen nannte, durch freundschaftliche Vermittelung und Aufmunterung zur Unzeit in etwas Ernstes verwandelt werden konnte.

Jetzt, wo er sie zusammen gesehen hatte, bestand kein Zweifel mehr, und es lag kein Grund zur Zurückhaltung vor.

Der junge Philosoph konnte nicht ahnen, daß dieser Unfuss, wie er es nannte, schon den Weg zu seinem eigenen Herzen genommen, daß seine Seele vor vollständiger Vergiftung nur dann bewahrt werden könne, wenn er jene glänzenden, schwarzen Augen, jene reine Stirn, jenes bezaubernde Lächeln nie mehr wiedersehen würde.

Da aber niemand da war, der ihm diesen Rath ertheilt hätte, und eine wunderbare Ruhe in seinem Herzen herrschte, dachte Andrej nicht daran, die Verlockung zu schießen. Er wies diesen Gedanken auch ganz von sich ab, da seine Aufmerksamkeit augenblicklich einer ganz anderen Richtung zugewandt war. Denn vor einiger Zeit hatte er anhaltende und verdächtige Fußtritte hinter ihnen gehört. Sie ertönten immer in derselben Entfernung und waren

ungleich, bald zu eilig, bald zu vorsichtig, gleich dem Verwath. Aller Wahrscheinlichkeit nach folgte ihnen ein Spion.

Andrej sagte Gregor nichts von seinen Befürchtungen, denn da dieser sehr nervös war, fürchtete Andrej, er würde den Kopf umwenden, um den Spion zu sehen, diesen veranlassen, auf seiner Hut zu sein, und so das Spiel verderben. Den Freund am Arm ergreifend, beschleunigte Andrej, gleichsam in der Hitze seiner Unterhaltung seine Schritte. Der Mann hinter ihnen that dergleichen. Er wiederholte dies Experiment, indem er in seiner Eile nachließ, aber mit demselben Erfolg. Ohne Zweifel, sie hatten einen Spion hinter sich, aber einen sehr idiosyncrasischen. Andrej war fest überzeugt, daß sie eine halbe Meile hinter Repins Haus noch nicht verfolgt worden waren. Der Spion war wahrscheinlich nur zufällig auf sie aufmerksam geworden und zwar durch einige Worte verdächtiger Natur, die sie zu laut beim Vorübergehen geäußert hatten. Die Sache war nicht ernst; doch mußten sie ihn los werden, um so mehr, da sie sich Gregor's Wohnung näherten.

„Ein Spion folgt uns,“ sagte Andrej zu seinem Gefährten, „Du mußt aber keine Notiz von ihm nehmen. An der Ecke der Kosoi-Gasse trennen wir uns, und ich will ihn auf mich nehmen. Es ist etwas weiter zu mir, wie Du weißt.“

„Gut,“ sagte Gregor, mit dem Kopfe nickend. Sie langten bald an dem Trennungspunkte an. Gregor ging seiner Wege, Andrej aber that einige Schritte und hielt dann eine Weile inne, um eine Zigarette anzuzünden. Jetzt, wo er das Gesicht des Mannes sah, waren alle Zweifel zerstreut. Der große stämmige Burische mit den plumpen, rothen Händen, den blonden Haaren und dem Badenbarte, trug auf seinem Gesichte den Stempel seines Gewerbes in dem gezwungenen Ausdruck des bösen Gewissens, welchen er vergebens hinter ungewohnten und nachlässigen Bewegungen zu verbergen suchte.

Jetzt, wo der Spion die Wahl hatte, welchem von Beiden er folgen sollte, zögerte er in einer kleinen Entferrnung einige Sekunden.

Andrej war der Ältere von den Beiden und rühmte sich selbst, stilllicher und ernster als Gregor auszusehen. Er

Taschen zu! Russische Kuleike in Sicht! Wir haben auf Grund absolut zuverlässiger Mittheilungen Grund zu der Annahme, daß einem russischen Kuleiken in Deutschland der Weg geöfnet wird. Der „Riesepump“, der trotz aller Zweifelhafte in Frankreich geschickert ist, soll in Deutschland versucht werden. Der Besuch des russischen Botschafts in Berlin, die Friedensschalmeien der russischen Kriegespresse, das Schachspiel des deutsch-russischen Handelsvertrags — das alles sind Vorkommnisse, die im innigsten Zusammenhang mit einander stehen — und derselben Quelle entspringen — sind alles Mittel zu dem gleichen Zweck: Großpump in Deutschland! Leider ist bei uns das Bettlicke vor Russland wieder populär geworden. Der Caprivi'sche Kurs nähert sich auch in dieser Beziehung immer mehr dem Bismarck'schen Kurs, und die russischen Finanz-Mandritereien stoßen hier nicht mehr auf den Widerstand wie früher. Jedenfalls ist ernste Gefahr vorhanden.

Der russische Großpump droht, und wer Russland Geld borgt, borgt einem bankrotten Staat. Uns kann die Geschichte freilich gleich bleiben. Ist der Philister dumm genug und pumpt, so ist das seine Sache. Proletariat aber haben nichts zu verpumpen. —

Junkertum. Die Sozialdemokratie als Partei des „mattesten Manchesterthums“ hinzustellen, ist die neueste Leistung der „Kreuz-Zeitung“. So weit treibt sie der Kerger darüber, daß die Sozialdemokratie sich nicht dazu verstehen kann, die Taschen der agrarischen Junker, Kornwucherer und Schnapsbrenner im Namen der „nothleidenden Landwirtschaft“ zu füllen. —

Säkuläres Blech liefert der Ex-Herkules des 19. Jahrhunderts in seinen „Hamburger Nachrichten“:

„Man wird die Sozialdemokratie weder todt reden, noch todt reformiren, man wird aber eines Tages genöthigt sein, sie todt zu schmeißen.“

So schreibt der Mann, der im Reichstag zitierte, wenn ein Sozialdemokrat ein Taschentuch rasch aus der Tasche zog.

Die „Wilden“ sind doch bessere Menschen. Wie bitten unsere Leser, welche in jüngster Zeit wieder so viel von den Praktiken der deutschen Staatswerkstätten und Staatsbetriebe gehört haben, aufmerksam unsere heutige Korrespondenz „Aus der Schweiz“ (nachstehend in der „Politischen Uebersicht“) zu lesen und Vergleiche anzustellen. Der Unterschied zwischen einem bürokratischen, militärischen Polizeistaat und einer Demokratie wird ihnen dann recht klar werden. —

Aus der Schweiz wird uns geschrieben:

Ich berichtete Ihnen bereits, daß zur Untersuchung der von den Arbeitern der eidgenössischen Regie-Werkstätten in Bern und Thun gegen deren Leitungen erhobenen Beschwerden vom Militärdepartement eine dreigliedrige Kommission, der auch der schweizerische Arbeitersekretär Greulich angehörte, bestellt worden ist. Die Kommission hat die Sache untersucht, und während der schriftliche Bericht derselben an das Militärdepartement noch aussteht, erstattete vorige Woche Greulich in einer Versammlung von Arbeitern der eidgenössischen Waffenfabrik in Bern mündlichen Bericht über die geplagte Unternehmung. Nach dem bezüglichen Berichte der „Berner Tagwacht“ sagte Greulich ungefähr folgendes: Wenn der Gewerkschaft der Waffenfabrik-Arbeiter Schwierigkeiten entstanden, so ist es der Druck von oben, welcher ihr dieselben bereitet. Am 11. Januar trat die Untersuchungs-Kommission zusammen, zu einem Zeitpunkt, wo das gespannte Verhältnis sehr weit gediehen war. Dieser Zustand machte sich auch noch während des Ganges der Untersuchung deutlich bemerkbar. Bestürzt war die Kommission während ihrer Arbeit, als die nicht unbegründete Nachricht von Massenentlassungen auftauchte. Es war vorgesehen, am 15. Februar 1908, am 31. März 1908 Arbeitern zu kündigen, und diese Entlassungen sollten, sukzessive an Zahl abnehmend, bis August fort-dauern. Allen Kommissionsmitgliedern war es menschlich klar, daß in gegenwärtigen Zeitverhältnissen solche Massenentlassungen verzweifelte Schritte zur Folge haben könnten; dem mußte vorgebeugt werden. Aber wie? Das war eine andere Frage. Schließlich gelangte man zu der Ansicht, die Produktion durch Verkürzung der Arbeitszeit einzuschränken, damit auf diese Weise die Entlassungen wenigstens hinausgeschoben und bezimert werden. Man hatte ausgerechnet, daß bei Verkürzung der Arbeitszeit von 9/10 auf 8 Stunden 121 Mann weiter beschäftigt werden können und die Kündigung auf 16. Februar dann noch 45 Mann treffen würde.

Was die durch diesen Zwischenfall unterbrochene Untersuchung selbst anbelangt, so hat sich der Argwohn seitens

war sicher, daß der Spion ihn ausermählen würde. Dies hätte er auch aller Wahrscheinlichkeit nach gethan, aber Andrej's Zündhölzchen fing nicht sofort Feuer. Er hielt einen Moment länger an, und der Spion wandte sich, durch sein Warten perplex geworden, kurz zur Rechten und bog entschlossen in die Straße, welche Gregor eingeschlagen hatte.

Andrej hatte diese Eventualität auch vorausgesehen und folgte unmittelbar seinem Manne. Einen Feind in der Front, einen im Rücken in einer verbotenen, engen Straße ist eine ungemüthliche Situation. Der müthigste Spion würde sie nicht drei Minuten aushalten, und thatsächlich blieb der Lump bald stehen, als ob er eine Theaterangeige, welche an der Wand klebte, lesen wollte. Andrej ging ruhig, seine Zigarette rauchend, an ihm vorüber. Als er sich einige Meter entfernt hatte, vernahm er des Mannes Fußtritte wieder hinter sich. Das hatte er gerade erwartet. Da er langsamer als Gregor ging, wie einer, der sich nach einer Troschke umsieht, verschaffte er seinem Freunde einen beträchtlichen Vorsprung und sah ihn bald um eine Ecke verschwinden. Andrej wollte sich zunächst eine Weile durch die einsamen Straßen verfolgen lassen und dann eine einzeln stehende Troschke nehmen, um nach irgend einem abgelegenen Orte zu fahren und den Spion allein zurückzulassen. Doch wurde ihm diese unnöthige Ausgabe erspart. Die Schritte seines Verfolgers verhallten immer mehr, und waren nach einiger Zeit gar nicht mehr zu hören. Der Spion hatte errathen, daß er erkannt worden war, und freiwillig die Jagd aufgegeben. Dies bekräftigte Andrej's erste Vermuthung, daß der Vorfall nichts Ernstes an sich hatte. Doch wer konnte das wissen?

Nach seiner Wohnung zurückgekehrt, vertieft er sorgfältig die Thüre, um nicht überrascht zu werden, und vergewisserte sich, ob der Dolch und der geladene Revolver, den er immer im Gürtel unter seinem Rock bei sich zu tragen pflegte, in Ordnung waren.

(Fortsetzung folgt.)



der Gewerkschaftsmitglieder bewahrt. Nun ist aber Eingriffen in die Rechte der Arbeiter ein für alle Mal vorgebeugt und zwar durch das Mittel einer ständigen Arbeiterkommission. Es sind Vorkehrungen getroffen worden, daß die Arbeiter, welche dieser Kommission angehören, in ihrem Brot-erwerb sicher gestellt sind und auf Grund dieses Sicherheitsgefühls die Rechte angegriffener Arbeiter, wo dies zutrifft, ohne Abhängigkeit vertreten können. Während seiner Amts-dauer darf kein Kommissionsmitglied entlassen werden, auch sind dieselben wieder wählbar. Die Kommissionsmitglieder sind gewissermaßen unantastbar, ausgenommen Fälle grober Selbstverschuldung, welche immerhin nachgewiesen werden müßten. Die Kom-mission steht in direkter Verbindung mit dem Militärdepartement. Bei Massenentlassungen hat sie darüber zu wachen, daß keine Maßregeln stattfinden. In erster Linie sollen ledige Leute, welche nur für ihre Haut zu sorgen haben, nöthigenfalls Platz machen; nicht entlassen werden sollen gelernte Berufsleute — Wäschmacher etc. —, wobei die Familien-Verhältnisse mitsprechen haben.

Die Untersuchungskommission hat gefunden, daß die Klagen seitens der Arbeiter über schlechte Behandlung begründet waren; daß Leute Stellen bekleiden, deren sie nicht fähig und nicht würdig sind. Sicher ist, daß die Gewerkschaft aus den guten Elementen der Fabrik besteht. Gerechtigt sehr Vertrauen in die Disziplin der Gewerkschaft und fordert dieselbe auf, bei der Arbeit und überall zu zeigen, daß die durch eigene Initiative organisierten Arbeiter nicht turbulente Massen seien, wie gegnerischerseits behauptet worden sei. Gerechtigkeit ist die beste Fabrikordnung.

Die Versammlung nahm schließlich einstimmig folgende Reso-lution an:

„Die am 1. Februar 1890 im Biergarten tagende Versamm-lung der eidgenössischen Waffenfabrik in Bern spricht ihre Be-friedigung über die Verfügungen des schweizerischen Militär-departements zur Verhütung plötzlicher Massenentlassungen aus; sie ermahnt vertrauensvoll die weiteren Verfügungen, die aus dem Abschluß der auf Verlangen der Arbeiter-schaft geführten Untersuchung hervorgehen werden. Die Ver-sammlung erklärt es als Pflicht sämtlicher Gewerkschafts-mitglieder und aller einschichtigen Arbeiter, die auf ihre Ehre halten, den vom Militärdepartement angebahnten Weg zur Her-stellung friedlicher Verhältnisse, guter Ordnung und menschen-würdiger Behandlung dadurch auf's Nachdrücklichste zu fördern, daß durch ein friedfertiges, anständiges Betragen und strenge Disziplin gezeigt wird, daß gute Ordnung und demokratische Einrichtungen sehr wohl mit einander vereinbar sind.“

So finden sich Arbeiter und Staatsbehörden in der Demokratie zusammen und indem man den Beschwerden der Ersteren abhilft und ihre Rechte anerkennt, erlangen sie nicht, ihrerseits auch ihre Pflichten zu betonen und deren Erfüllung zu geloben. Stellt man neben diese wahr-haft mühselige Erledigung der Beschwerden von Staats-arbeitern die Behandlung der staatlichen Vergarbeiter im Saarrevier durch die Behörden der preussischen Monarchie, so erscheint die Schweiz als ein idealer Zukunftsstaat, mit dem zu beschäftigen und den nach-zunehmen ein viel realeres und ehrlicheres Geschäft für die deut-schen kapitalistischen und offiziellen Politiker wäre, als durch Unterstellung eines zuchtähnlichen Zukunftsstaates die Sozial-demokratie vernichten zu wollen.

**Italienische Schmerzen.** Der Dreihund und das Defizit — sind die zwei Mühlsteine an dem Hals der armen Italia. Die Herren von der Regierung und Römischen Bank freilich machen es sich leicht — sie haben die Mühlsteine ja nicht zu schleppen und leben in ducali Jubilö. Sie machen es wie jener Bauer der „Fliegenden Blätter“: sie schwören alles ab. Der Dreihund legt Italien keine Lasten auf, im Gegentheil, er bereichert sogar die-jenigen, die sich aufs Geschäft verstehen, und das Defizit — nichts als eine Einbildung, ein leerer Schall, Wind! Das Papier ist gedulbig, und die Luft läßt sich die größten Ziffern und Lügen gefallen. Was leichter, als ein Defizit aus der Welt schaffen? Man manipuliert oder redigiert — à la Bismarck — etwas in den Ausgaben und Einnahmen, und — hast du nicht gesehen? — flugs ist das Defizit zu einem Ueberschuß geworden. Herr Crimaldi, der italienische Finanzminister, hat am Sonnabend das Kunst-stück fertig gebracht. Im Handumdrehen hatte er das Defizit in ein Plus (Mehr) von über 6 Millionen ver-wandelt, und die arme Italia mag das Sprichwort von dem Weg zur Hölle, der mit guten Vorsätzen gepflastert ist, jetzt dahin praktisch obdauern: Der Weg zum Bankrott ist mit Finanz-Überschüssen gepflastert. —

**Unser Freund Benoit Malon,** Mitglied der Kom-mune und durch seine sozialistischen Schriften unseren Ge-nossen bekannt, leidet seit längerer Zeit an einem Halsleiden. Dasselbe bietet keine unmittelbare Gefahr, aber die Ab-nehmungsbeschwerden sind so groß geworden, daß die Ärzte nach den und soeben zugegangenen Berichten zu einer Konferenz zusammentreten wollen, um über die Bormahme des Luftröhrenschnitts zu beraten. Möge der brave französische Genosse die Kräfte gut überstehen und die Ge-sundheit wiedererlangen! —

**Der mißglückte Staatsstreik,** der von den französi-schen Revolutionären unter der ominösen Firma Cavaignac versucht ward, hat den radikalen Republikanern die Not-hwendigkeit festen Aneinanderschließens klar gemacht. Es gilt jetzt die Wa-h-len vorzubereiten, die nicht mehr lange hinauszuschieben sind. Zu diesem Behuf will man eine „feste Majorität“ bilden, die, alle persönlichen Zwistigkeiten bei Seite legend, sich um die Regierung scharrt, und mit ihr ein bestimmtes, sofort auszuarbeitendes Programm ver-tritt, dessen Hauptpunkte sein sollen: Anbahnung einer gründlichen Sozialreform, Demokratisierung der Republik, und unerbittliches Vorgehen gegen die Korruption und die Korrupten. Sehr schön — aber? —

**Belgien.** Der General Driemont, der tüchtigste Militär, den Belgien hat, trat schon im vorigen Jahre für das allgemeine Wahlrecht ein. Jetzt hat er einen Brief ver-öffentlicht, in welchem er sich dahin ausdrückt, daß das allgemeine Wahlrecht nicht bloß eine unabwiesbare Forde-rung der Gerechtigkeit sei, sondern auch eine politische Nothwendigkeit, ohne das allgemeine Wahlrecht gehe Belgien einer ungewissen Zukunft und schließlich dem Bürger-krieg und Zerfall entgegen. Nur vermittelt des allgemeinen Wahlrechts könne die Gleichberechtigung der Arbeiter und die Anbahnung jener sozialen Reformen erfolgen, die zum Fortbestande des Staats unerlässlich. Ein sehr vernünftiger Militär. —

**Der schwedische „Volls- Reichstag“** wird am 13. März in Stockholm zusammentreten. —

**Der Entschluß des parlamentarischen Komitees** der englischen Gewerkschaften, zu gunsten des Züricher Kongresses auf den geplanten Londoner Sonderkongress zu

verzichten, ist ein so glänzender und so hochbedeutsamer Sieg des internationalen Gedankens, daß unsere Gegner wie niedergebrennt dastehen. Ihrer eigenen Ohnmacht und Unfähigkeit sich bemußt, uns überwinden zu können, rechnen sie, als einzige Rettung, auf Zwietracht unter den Arbeitern. Nach den vielen Enttäuschungen, die sie erlebt, erschien der Londoner Kongress, der den Züricher Kongress verderben sollte, ihnen als Rettungsplanke. Und nun ist sie zerbrochen. Die Herren Bourgeois hüten sich aber wohl, die fatale Nachricht den genasführten Gläubigen mitzutheilen. Sie wird hübsch unter dem Schffel gehalten.

Im Laufe des nächsten Monats wird auf einer inter-nationalen Vorkonferenz alles den Züricher Kongress Betreffende geregelt werden. —

Die Homerule-Bill wird heute Nachmittag gegen 4 Uhr von Gladstone im englischen Unterhause eingebracht. Der Premier will dieselbe in zwei- bis dreistündiger Rede begründen. Vor Schluß der Redaktion können wir kein telegraphisches Resümé haben. Vielleicht können wir es aber noch unter den Depeschen der heutigen Nummer mit-theilen. —

## Parteinachrichten.

**Protestversammlungen gegen die Militärvorlage** sind abgehalten worden in Apolda (Ref. Reichstags-Abgeordneter W o c h), Reustadt O.-S.; Straßberg und Gmünd (Ref. K a g e r-Stuttgart), Singen bei Pforzheim (Ref. K a i n-b a c h).

Bei den Gewerbevereins-Wahlen in Girschberg siegten im 4. und 5. Bezirk drei Sozialdemokraten mit 19 bis 30 gegen 7 bis 10 Stimmen, welche die Gewerbevereiner erhielten. In K u n e r s d o r f wurden unsere beiden aufgestellten Genossen mit allen Stimmen gewählt. In S c h m i e d e b e r g und S t e i n-f e i s e n siegte gleichfalls die Sozialdemokratie. Die Wahl-beteiligung war im allgemeinen schwach und die von den Fabrikanten sowie den freisinnigen und nationalliberalen Zeitungen unterstützten Girsch-Dumderliener hatten alles an-geboten, um ihre Kandidaten durchzubringen.

**Parteiorganisation.** Sozialdemokratischer Verein zu Deger-loch: Jahreseinnahme 163 M., Ausgabe 148 M.

**Partei-Organisation.** Die Adresse des Agitationskomitees für den 1. württembergischen Reichstags-Wahlkreis (Stuttgart) ist A. B o h n e, Stuttgart, Schloßstr. 21.

Eine Parteikonferenz, die kürzlich in Siegen bei Pforz-heim abgehalten wurde, wählte Pforzheim zur Zentrale des s. badischen Reichstags-Wahlkreises und theilte diesen in vier Bezirke ein. Weiter beschloß man die Verbreitung eines Flugblattes für den Fall, daß der Reichstag aufgelöst wird. Die Kandidatenfrage soll durch die badische Landeskonferenz er-ledigt werden. Die Konferenz war von den Orten Pforzheim, Dur-lach, Ettlingen, Gutingen, Dill-Weissenstein, Brühlgen, Büchen-dronn, Aue, Grünwettersbach, Grödingen, Stapferich und Königs-bach durch Delegierte besetzt.

**Von der Agitation.** Selbst der Wohnort des Schöpfers des Sozialistengesetzes, Friedrichruh, ist vor den sozial-demokratischen Schriftenverbreitern nicht sicher. Aber dort gilt vernünftlich das Sozialistengesetz. Den Altonaer Genossen, die in Friedrichruh neulich Flugblätter und Broschüren verteilten, hat man das ganz so schneidig, wie es Bismarck sagte, zu Ge-müthe geführt. Ihrer fünf wurden vom Gendarmen vor den Amtsdorfwächter geführt und dieser „verfügte“ die Wegnahme der sozialdemokratischen Schriften, obwohl ihm die Genossen be-merktlich machten, daß er dazu gar kein Recht habe. Alles Demonstrieren half nichts, der Herr Amtsdorfwächter „verfügte“ ein-fach. Nun wird er durch eine Beschwerde daran erinnert werden, daß das Sozialistengesetz sammt dem Herd im deutschen Lande leider nichts mehr gilt. Und weiter wird er erleben müssen, daß die Friedrichruher die sozialdemokratischen Schriften doch noch ins Haus bekommen.

Im Städtchen Grünstadt in der Rheinpfalz, wo die Sozialdemokratie früher noch mit Knüppeln geschlagen und mit Hundstößen gequält wurde, und das bisher für ein unüberwindliches Boll-werk der Nationalliberalen galt, hielt dieser Tage Genosse Ehrhardt aus Ludwigshafen eine Versammlung ab, zu der von weit und breit die Landbevölkerung in Scharen herbeigekürrt war. Die Nationalliberalen hatten die von ihnen abhängigen Personen — namentlich die Jugend — zahlreich aufgeboten, um die Ver-sammlung durch Tumult zur Auflösung zu bringen, aber gerade die Bauern setzten den rabaukuffigen Vürschchen den Kopf dermaßen zurecht, daß Ehrhardt seinen Vortrag über die Lage des Mittel-landes ungehindert halten konnte und die Versammlung selbst einen würdigen Verlauf nahm. In der Diskussion versuchten einige Nationalliberalen, die Landleute in bekannter Weise vor der So-zialdemokratie graulich zu machen, sie hatten aber damit kein Glück. Das Doch, das zum Schluß auf die Sozialdemokratie ausgebracht wurde, fand vielunübersichtliche, jubelnde Zu-stimmung. Ohne den Erfolg zu überschätzen, läßt sich sagen, daß in das nationalliberale „Vollwerk“ eine breite Bresche ge-schossen ist.

In Annaburg ist das Lokal, wo Theodor Mehnert kürzlich gegen die Militärvorlage sprach, vom Kommando des Militär-Abnabenerziehungsinstituts und der Unteroffizier-Vorschule boykottiert worden. Die Parteigenossen antworteten darauf mit einem Flugblatt, worin die Arbeiter aufgefordert werden, ihre sauer verdienten Groschen solchen Wirthen zuzuwenden, die uns ihre Lokalitäten auch zu Versammlungen überlassen.

**Heber die „Zukunftsstaats-Debatte“** schreibt die Elberfelder „Freie Presse“: „Die Gegner behaupten, die Sozialdemokratie sei moralisch vernichtet und beweisen damit auf's neue, daß sie keine Ahnung von dem Wesen des Sozial-ismus haben. Sie wollten mit der Inszenierung dieses Komödientenspiels für die Zukunft die Nothstandstheorien der Sozial-demokraten fernhalten, aber glauben die gefälligen Herren etwa, daß damit auch der Nothstand beseitigt sei? Der Nothstand be-steht und nimmt von Tag zu Tag zu; die herrschende Gesellschaft hat keine Mittel, dem Uebel abzuhelfen; um diese Frage kommen die bürgerlichen Parteien nicht herum, mögen sie noch so viele Fragen nach dem Zukunftsstaat stellen!“

Aus Mühlhausen i. Th. kommt der Schmerzdruck, daß sich die dortige Mitgliedschaft der Partei durch den Erz-schwindler Krampa mit 3 M. habe „hineinlegen“ lassen und daß dieser wiederum auch die Privatbesessen einiger Ge-nossen um mehrere Mark erlischt habe. So, seig mir in Sachen denn nicht mehr — helle? Der „Vorwärts“ und eine große Zahl anderer Blätter unserer Partei haben vor nicht gar langer Zeit vor Krampa wiederholt gewarnt und trotzdem ist es diesem Durschen wieder gelungen, in der Provinz und dem Königreich Sachsen, sowie in Thüringen die Genossen zu prellen. Das ist Schuld der Genossen selbst. Sie müssen sich endlich daran gewöhnen, reisenden Partei-genossen nichts mehr zu verabfolgen. Wird ein Genosse irgendwo aus politischen Gründen gemahregelt, so haben ihn die Genossen des Ortes oder Kreises zu unterstützen, wo er wohnt, und wenn sie das nicht können, thut's der Parteivorstand. Ist der reisende

Genosse arbeitslos aus anderen Gründen, so ist es Sache seiner Gewerkschaft, ihn zu unterstützen. Reise-Unterstützung an Wan-dernern zu zahlen, dazu ist die Partei nicht da. Dasselbe gilt von Ausländern, und zwar auch in dem Falle, wenn sich diese die schriftliche Empfehlung irgend eines bekannten deutschen Partei-genossen verschafft haben. Wird nach diesen Grundregeln überall konsequent verfahren, so wird dem Schnorrer- und Schwindler-thum, worüber die Parteigenossen so häufig Klage führen, das Handwerk gelegt sein. Wenn nicht, nicht.

In Fernerleben (Prov. Sachsen) sprach in einer zahlreich besuchten Volksversammlung Reichstags-Abgeordneter S e i f e r t aus Schneeberg über das Thema „Sozialdemokratie und Geset-zgebung“. Einstimmig nahm dann die Versammlung eine Reso-lution an, in welcher erklärt wird, daß der heutige Geset-zgebungskörper keine wahre Volksvertretung sei, und daß die Theilnehmer an der Versammlung mit allen ihnen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln für die Verbreitung der sozial-demokratischen Ideen eintreten würden, damit in absehbarer Zeit eine Gesetzgebung geschaffen wird, durch die das Glend des Volkes beseitigt werden kann.

Friedrich Köster in Jülich, dessen Auslieferung die deutsche Regierung beim schweizerischen Bundesrath beantragt hat, weil er der Anstiftung zum Meineid schuldig sei, erkle in der Magdeburger „Vollstimme“ eine Erklärung, in der die denunziatorischen Nachrichten, welche von deutschen bürgerlichen Zeitungen über ihn veröffentlicht wurden, als Nachhaft des Chefs eines Züricher Pressbureaus bezeichnet werden, der von der schweizerischen sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen und früher von Köster angegriffen worden sei. Zum Schluß der Er-klärung sagt Köster: „Persönlich sehe ich den kommenden Dingen mit größter Ruhe entgegen, und wenn der eine oder andere Leser das Bedürfnis haben sollte, sich über den Sachverhalt genau zu orientieren, so wird ihn der erste beste Ottersiebener belehren können, von welchem Werth die gegen mich erhobene Anschuldigung ist.“

**Todtenliste der Partei.** In Mannheim starb am 11. Februar der Schriftfeger Karl Groß, 29 Jahre alt. In Hermannstadt (Siebenbürgen) scheid Dr. Kraffer aus dem Leben.

**Polizeiliches, Gerichtliches etc.** — Genosse Hofe, früherer Redakteur der „Thüringer Tribüne“, sollte das Militär beleidigt haben. Das Er-sfurter Landgericht sprach ihn frei.

— Sechshundert Mark sollten zusammen 12 Genossen be-rappen, weil sie im Herbst v. J. in einigen Dörfern der Um-gegend Stettins Schriften verbreitet hatten. Natürlich bleichen sie nicht, sondern verlangen richterliche Entscheidung. Die Sache liegt so, daß Freisprechung erfolgen wird, aber es er-wachsen den Genossen immerhin Kosten.

## Soziale Uebersicht.

In Bremerhaven streikten die Kohlenarbeiter der Firma Hirsch u. Homburg, weil drei Roteraden aus Gründen entlassen worden sind, die nach ihrer Ansicht ungerech-tigertig waren.

Der Streik der Bergleute in den sächsischen Werten zu Bräy (Wöbmen) hat an Ausdehnung gewonnen. Am 11. Februar streikten auch 2000 Mann von den Belegschaften der Brüger Bergbau-Gesellschaft.

Der Bochumer Verein für bergbauische Interessen hat auf das Gesuch der Bergleute, sich bis zum 10. Februar über die bekannten Forderungen zu äußern, keine Antwort er-theilt. Am Sonntag fanden nun in Bochum und Essen Berg-arbeiter-Versammlungen statt, in denen darüber beraten wurde, was zu thun wäre. Die in Bochum abgehaltene Versammlung war selbst nach bürgerlichen Berichten von 2000 Personen, also sehr zahlreich besucht. Sie erklärte sich „mit allen Bergleuten international solidarisch“ und versprach, diese „wenn nöthig durch einen Streik zu unterstützen.“ Zum Schluß wurde zum Boykott derjenigen Wirthe aufgefordert, die den Bergleuten ihre Stille verweigern. Die Versammlung schloß mit einem Hoch auf die internationale Verbrüderung. In Essen sprach unser Genosse G e w e h r aus Oberfeld über die Bergarbeiter-Bewegung; er empfahl den Bergleuten einheitliches Handeln und fleißige Pflege der Organisation als Erfordernisse, um ihre Lage zu verbessern.

**Aus dem Saarkohlenrevier.** Während in Weisfalen die abgelegten Bergleute fast sämtlich wieder eingestellt sind, scheint die Behörde im diesseitigen Revier noch immer nicht ent-schlossen zu sein, diesem Beispiele zu folgen. Freilich darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die westfälischen Zechenbesitzer aus Geschäftsinteresse so handeln, da die Kohlenpreise etwas an-zogen und sie die günstige Konjunktur durch größere Förderung auszunutzen wollten. So ziemlich das Gegentheil ist hier der Fall, der Kohlenabsatz hat noch immer nicht die erwünschte Besserung erfahren, weshalb die Einstellung von weiteren Arbeitskräften noch nicht von nöthen ist. Doch hat man es hier mit einem säch-sischen Betriebe zu thun und der Staat dürfte sich immerhin auf einen höheren als auf den rein geschäftlichen Standpunkt stellen, meint die „Frank. Ztg.“. In solchen höheren Standpunkt der Behörde mögen wir kaum glauben, nachdem dieselbe die Ab-satzung durch den König Stumm, Müller und das ganze kapitalistische Progenthum so demüthig eingestekt hat.

Die Chemnitzer Stadtverordneten sind ebenso, wie seiner-zeit der Magistrat, über das Gesuch der Arbeitslosen um Be-schaffung von Arbeit zur Tagesordnung übergegangen. Der Magistrat habe schon seit dem Jahre 1890 in ausreichender Weise für Arbeitsgelegenheit gesorgt. — Wenn das zuträfe, würde es in Chemnitz nicht so viele Arbeitslose geben.

**Immer vorwärts!** In Emmerich a. Rh. tagte am 5. Februar die erste öffentliche Gewerkschaftsversammlung. Es waren dazu etwa 300 Personen erschienen. Genosse H o r n sprach in einstündiger, mehrfach durch Beifall unterbrochener Rede über das Kleinhandwerk und die Grobindustrie. Trozdem der Vor-sitzende Wohl die anwesenden Gegner wiederholt ansforderte, sich an der Diskussion zu betheiligen, getraute sich doch keiner, dem Referenten entgegenzutreten. Die Versammlung nahm dann eine Resolution an, in der sie sich mit dem Vortrag vollständig ein-verstanden erklärte, und in der sie weiter die Gründung eines Gewerkschaftsverbandes beschloß, das in Emmerich die Leitung der Arbeiterbewegung in die Hand zu nehmen hat.

## Briefkasten der Expedition.

Für die Bergarbeiter gingen fernere ein: Eine Wettfrage durch Rich. Hedder 3.—, Bei der Ver-lobungsfier des Genossen E. Schulz 4.20, Uebersehuf von Eledern Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner 1.—, Bei einer amerikanischen Auktion durch J. Winger 2.—, Gefammelt bei einem Ball des Gesangsvereins „Frohmann“ d. G. 7.20, Von den Genossen aus Greiz und Umgebung durch Zahn 50.—, Beermann 0.20, Summa 67.90 M. Bereits quittirt 10 561.25 M.; in Summa 10 629.15 M.

In der Sonntagsnummer fehlt unter den quittierten Listen der Streik-Kontrollkommission Liste 172: 16.85 M. Der Betrag ist in der quittierten Summa enthalten.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

Dienstag, den 14. Februar. Opernhaus. Die Zauberflöte. Schauspielhaus. Batantafena. Deutsches Theater. Der Talisman. Berliner Theater. Der Weichenfresser. Festung-Theater. Das gelobte Land. Wallner-Theater. Der Fall Clemenceau. Kroll's Theater. La Favorita. Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen. Residenz-Theater. Gläubiger, von Strindberg. Familie Pont-Biquet. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Gardehufar. Adolph Ernst-Theater. Modernes Babylon. Thomas-Theater. Lumpaci Bagabundus. Neues Theater. Tolla. National-Theater. Der Fichter von Ravenna. Alexanderplatz-Theater. Die Bluthochzeit. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung. Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung. Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater. Zum 52. Male: Modernes Babylon. Gesangsposse in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstäd. Couplets theilweise von G. Odus. Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater. Novität! Novität! Der Dussel (Kulpus) Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner. (Kleiner Gde. . . Martin Bendix.) Alfred Bender in seinem neuesten Originalvortrag Der Volksmund in Berlin. Blank, der beste Bauchredner. Inhaltender Erfolg. Die Trockenwohner.

Passage-Panopticum. Neu! Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

Castan's Panoptikum. Hagenbeck's gr. zoolog. Wunder: Lili. Kleinst. lebend. Elefant d. Welt, 90 Zentimeter hoch, 110 Zentimeter lang, 78 Kilo schwer. Tal-za-Wunder-Illusionen-Theater. Grosses Künstler-Konzert. Sämtlich ohne Extra-Entree.

Kaufmann's Variété Am Stadtbahnhof Alexanderplatz. Großartiger Erfolg des neuen Programms. Mr. Hendrik, Huguston, Massias, Clark, Valois, Vanouli, Hurley's, Laurence, Türk u. s. w. Das Theater ist gut geheizt. Anfang Wochentags 8 Uhr. Entree 50 Pf.

G. Boll, Wienerstr. 1 empfiehlt sein Weis- u. Gaisr. Bierlokal Winter-Regelbahnen Vereinszimmer u. Winter sind noch frei.

### Circus Renz.

(Rarlstraße.) Dienstag, den 14. Februar 1893, Abends 7 1/2 Uhr: Auf allgemeines Verlangen 3. Wiederholung der mit so großem Beifall aufgen. Gala-Festvorstellung. Großer Fest-Aufzug. 1. Reigen der Ritter und Edelknechte. 2. Militärisches Divertissement (Gegenwart). Zum Schluss: Ein Künstlerfest. Große Ausstattungs-Pantomime Auf das Glänzendste in Szene gesetzt v. Direktor Fr. Renz. Ueberraschende Licht- und Wassereffekte. Grosser Blumen-Corso. Ballet von 100 Damen. Gr. Brillant-Feuerwerk. Ferner Mr. James Pills mit dem Schulpferde Markir. Morgen Mittwoch: „Ein Künstlerfest“. Billet-Vorverkauf an der Zirkuskasse u. beim „Invalidentank“, Markgrafenstraße 51a. Fr. Renz, Direktor.

### Feen-Palast.

Burgstr. 22, neben der Börse. Dienstag, d. 14. Februar (Fastnacht) Zweiter und letzter Gr. Fastnachts-Ball. Ein Fastnachtsfest in Japan. Die Einholung des Mikado. Große Umzüge, japanische Auführungen u. unter Mitwirkung von 200 Japanern u. Japanerinnen, Rohren, Matrosen, Gnomen u. c. c. Auf. 8 Uhr. Entree 1 M.

### Etablissement Buggenhagen.

Motiv-Platz. Täglich: Instrumental-Konzert. Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausgang von Pakenhofer Lagerbier, hell und dunkel. In Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt. Entree Wochenst. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf. Säle für Versammlungen, Kommerze, Festlichkeiten u. c.

### Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77-79. Täglich: Germania-Konzert- u. Koupel-Sänger sowie Auftreten des musikal. Clowns Mr. Barna und Damen-Imitator Willy Wilson. Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch. Zwei Säle zu Versammlungen und Vergnügungen. sowie 6 Billards und 3 Kegelbahnen. F. Sadtke.

### Louisenstadt. Clubhaus.

Annenstr. 16. Achtung! Bildhauer! Achtung! Heute Dienstag, großer Fastnachtsball, wozu ich alle Stecher und Bekannte freundlichst einlade. 1897b Louis Ehrenberg. Vereinszimmer, Simeonstr. 23, Glid.

### Achtung!

„Die Glühlichter“, das humoristisch-satirische Arbeiterblatt unserer österr. Genossen, wird von Nr. 85 ab (nächste Nummer) nicht mehr von Herrn Alwin Vanger, Chemnitz, sondern von der unterzeichneten Partei-Buchhandlung innerhalb Deutschlands versandt werden. Die Expeditionen der deutschen Arbeiterblätter, Partei-Buchhandlungen, Kasporeure und Speditoren, sowie alle Genossen, die sich bisher mit dem Vertrieb der „Glühlichter“ befasst haben, werden gebeten, ihren Bedarf an Exemplaren umgehend anzugeben, damit die regelmäßige Expedition des Blattes keine Unterbrechungen erleidet. Zahlungen sind ebenfalls von jetzt ab an uns zu leisten. Mit sozialdemokratischem Gruß Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt Berlin SW., Genthstr. 2.

### Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Berlin SW., Beuthstrasse No. 2. Soeben wurde fertig die Einbanddecke zur „Neuen Welt“ Jahrgang 1892. Geschmackvolle Ausführung in rothem Kaliko. Mit Goldtitelprägung . . . Preis 1,- M. Mit Schwarzdruck . . . „80“ Jeder Decke wird Titelblatt und Inhaltsverzeichnis gratis beigegeben. Bestellungen sind an die Expeditionen derjenigen Arbeiterblätter, denen die „Neue Welt“ beiliegt, oder unter Preisung des Betrages an uns direkt zu richten.

Einbanddecke zur „Neuen Welt“ Jahrgang 1892. Geschmackvolle Ausführung in rothem Kaliko. Mit Goldtitelprägung . . . Preis 1,- M. Mit Schwarzdruck . . . „80“ Jeder Decke wird Titelblatt und Inhaltsverzeichnis gratis beigegeben. Bestellungen sind an die Expeditionen derjenigen Arbeiterblätter, denen die „Neue Welt“ beiliegt, oder unter Preisung des Betrages an uns direkt zu richten.

Unserem Schriftführer Wilhelm Bacher zum heutigen Geburtstag ein Hoch, das bis Habel's Brauerei erschallt. Pfropfenverein „Wedding“. Du wer willst denn noch Feine? 1828b Der Vorstand.

Unserem Freunde G. Leichnitz zu seinem 35. Geburtstag ein donnerndes Hoch, daß die ganze Königsbergerstraße wackelt. Gustav steck an. 1890b Die Stammgäste. P. N. P. S. H. G. S. S. P. H. F. H. H. F. D.

### Berein z. Regelung d. gewerbl. Verhältnisse der Töpfer

Berlin u. Umgegend. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Töpfer August Brandt am Sonnabend früh verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. Februar, von der Leichenhalle des Jions-Kirchhofes in Weissenhof, Nachmittags Punkt 4 Uhr statt. 329/17 Der Vorstand.

### Danksagung.

Allen Verwandten, Freunden und Kollegen, sowie besonders den Filzschuh-Arbeiterinnen, die bei der Beerdigung meines unvergesslichen Mannes, unseres Vaters, des Filzschuhmachers Friedrich Valentiu, demselben die letzte Ehre erwiesen haben, sprechen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank aus. 1890b Wittwe Valentiu nebst Kindern.

Danksagung. Für die liebevolle Theilnahme und zahlreiche Theilnahme, sowie für die reichen Blumenpenden bei der Beerdigung meines unvergesslichen Mannes, des Tischlers August Otto, sage allen Kollegen, Freunden und Bekannten derselben, insbesondere den Kollegen der Pianofabrik „Euterpe“ herzlichsten Dank. 1895b Wittwe Otto und Sohn.

### Danksagung.

Allen denen, die sich so zahlreich bei der Beerdigung meiner lieben Frau und Mutter meiner Kinder theilhaftig haben, hauptsächlich den Frauen vom Festklub „Nordost Berlin“, sowie dem Klauklub „Graue Wolle II“ und den Mitgliedern des „Vereins Berliner Weisbierwirthe“, welche als Deputation erschienen waren, dem Hans Magnus und Riebel, und allen denen, welche durch Kranzniederlegen am Grabe und innige Theilnahme beim Begräbnis zugegen waren, unseren herzlichsten Dank. 1897b J. Feldhahn nebst Kindern.

### Robert Meyer,

Empfehle mein Geschäft in frisoan Blumen und Kränzen. 3528 L Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2. NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

### M. Krüger's

Speise-Beinöl ist das anerkannt Beste. Fabrik-Lager Staltherstr. 105.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Dienstag, den 14. d. M., Abends 8 Uhr, bei Kölling, Neue Friedrichstr. 41.

### Verammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. (Referent wird in der Verammlung bekannt gemacht.) 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Gäste willkommen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand. 370/6

### Berein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer

Berlin und Umgegend. Außerordentliche General-Verammlung am Mittwoch, den 15. Februar, Abends 5 Uhr, im Lokale des Herrn Fey, Brunnenstr. 140. Tages-Ordnung: 1. Der Streik bei der Firma Peest in Spandau. 2. Statutenberathung. 3. Gewerbliche Angelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimirt. Der Vorstand. J. N.: Richard Topf, Gipsstr. 3. 329/16

### Verein d. Lithographen, Steindruckere

und Berufsgeoffen Deutschlands. (Filiale Berlin.) Donnerstag, den 16. Februar 1893, Abends 8 1/2 Uhr: General-Verammlung im Lokale des Herrn Philipp, Rosenthalerstraße 38. Tages-Ordnung: 208/10 1. Kassenbericht. 2. Bericht der Statutenberathungs-Kommission. 3. Diskussion. 4. Wahl der Delegirten zur Generalverammlung. 5. Verschiedenes. Quittungsbuch legitimirt. Die Verammlung wird pünktlich eröffnet. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ersucht um ein zahlreiches Erscheinen Die Verwaltung Berlin.

### Verband deutscher Schneider u. Schneiderinnen

und verw. Berufsgeoffen. Filiale Berlin. Mittwoch, den 15. Februar, Abends 8 1/2 Uhr: Große Verammlung in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77-79. Tages-Ordnung: 1. Wie stellt sich der Verband zu einem event. Abwehrstreik gegenüber den maßlosen Lohnreduzierungen und Chikanen in unserem Gewerbe? Referent Kollege Eimm. 2. Diskussion. 3. Abstimmung über die Verlegung des Sitzes für Vorstand und Ausschuß. Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. Die Lokalverwaltung. 270/11

### Große Verammlung

aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Glacé-Cartonpapier-Branche am Mittwoch, den 15. Februar 1893, Abends 8 Uhr, in Schaeffer's Lokal, Inselstraße 10. Tages-Ordnung: 1. „Die Freiheit und ihre Rolle in der sozialen und geistigen Entwicklung des Menschen.“ Referent: Genosse Dr. Lütganau. 2. Gewerbliches. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht J. Feukert. 119/1

### Grosse öffentliche Verammlung

aller in der Hutfabrikation beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen Berlins und Umgegend Mittwoch, den 15. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, in Vasser's Salon, Neue Königstr. 7. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen J. Türk über: „Der Kampf gegen das Verbrechen.“ 2. Diskussion und Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Bericht über die Thätigkeit der Streik-Kontrollkommission. 4. Wie stellen wir uns zur Feier des 1. Mai? 5. Verschiedenes. Der wichtigen Tagesordnung wegen bittet um zahlreichen Besuch Der Einberufer. 177/40

### Abrechnung über den Streik in der Knopffabrik von Kasche.

Einnahme:	Ausgabe:
Von Gewerkschaften:	An Unterstützung gezahlt . . . 853,75
Verein z. Wahrung d. Interessen d. Berl. Knopfabbeiter . . . 100,-	Für Porto und Drucksachen . . . 54,95
Verein d. Weisgerber Berlins . . . 30,-	Für Kommissionsausgaben . . . 63,85
Verein der Summarbeiter Berlins und Umgegend . . . 2,-	An die Streik-Kontrollkomm. . . 300,-
Verein z. Wabr. d. Interessen d. Gast- u. Schankwirthe B. . . 50,-	Diverse Ausgaben . . . 3,20
Verein d. Lithographen Berl. durch Willarg . . . 50,-	Für die Annonce über die Abrechnung . . . 8,-
Verein der Musik- und Instrumenten-Arbeiter . . . 30,-	Summa 1283,75
Vom Dispositionsfonds der Gutmacher Berlins . . . 20,-	
Verein der Militärschneider Auf Listen gesammelt . . . 66,69	
do. durch Fabronsky . . . 78,45	
do. von den Korbmachern Berlins . . . 16,15	
Ueberschuß einer Zellerfamml. . . 2,55	
Von 2 Summarbeitern . . . 1,00	
Summa 1897,84	

Die Kommission. R. Scholtka, Max Grahl, A. Freitag, Revisoren. [1893b]

Glühwein- und Punsch-Extract ganz vorzüglich, à Literflasche M. 1,60. Jamaica-Rum, Echt-Verschnitt und Façon, Literflasche M. 1,10, M. 1,60, M. 2,10. [120M] Eugen Neumann & Co., 6a Belleallianceplatz, Neue Friedrichstr. 81, Oranienstr. 8.

5 1/2 Pfund Albrecht's Bäckerei, liefert Wrangel-Strasse 8, Langestr. 26, Falkensteinstr. 28. Damen-Masken-Garderobe von M. Roussel, Skalitzerstr. 43.



## Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

29. Sitzung vom 13. Februar 1893.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Staats-Haushaltsetats für 1893-94, und zwar die Beratung des Etats des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten.

Beim ersten Titel der Einnahmen: Evangelischer Kultus, in welchem sich auch Einnahmen aus dem hannoverschen Klosterfonds befinden, fragt:

Abg. v. Minnigerode (Z.): wie es mit der Verwaltung der Liegenschaften dieses Fonds steht. Es wäre doch zu überlegen, ob die Verwaltung nicht der landwirtschaftlichen Verwaltung zu übertragen wäre.

Kultusminister Boffe: Diese Frage ist in Erwägung gekommen, aber die Unterrichtsverwaltung ist nicht geneigt, die landwirtschaftliche Verwaltung abzugeben, weil dadurch mehr Schreibereien entstehen würden und eine Zersplitterung der Verwaltung.

Abg. Sattler (natl.) bedauert diese Abneigung des Kultusministers.

Kultusminister Boffe: Ich weiß doch nicht, ob ich eine Erwägung der Sache in Aussicht stellen kann. Die Klosterkammer ist eine so gut organisierte, daß ich nicht an eine Umgestaltung derselben gehen möchte.

Abg. Rudolwig (natl.) spricht sich im Gegensatz zu den Abgg. v. Minnigerode und Sattler für die Beibehaltung der jetzigen Verwaltung aus.

Abg. Sattler (natlib.): Von der Aufhebung der eigenen Verwaltung habe ich garnicht gesprochen.

Abg. Brandenburg (Zentr.) spricht sich ebenfalls für die Aufrechterhaltung der besonderen Verwaltung des hannoverschen Klosterfonds aus.

Der Titel wird bewilligt, ebenso die weiteren Einnahmetitel. Beim Kapitel 109, Ministerium und zwar beim Titel Gehalt des Ministers bringt

Abg. Träger (Dfr.) die Frage des Religionsunterrichts der Kinder von Dissidenten vor. Der Vorgänger des Ministers habe eine Verfügung darüber erlassen, wonach ein Unterricht in der Religion für diese Kinder nachgewiesen werden soll. Diese Verfügung war in dem Volksschulgesetz des Ministers aus der Region der Verfügung in die Region des Gesetzes hineingetragen worden. Das Haus hat aber diese Bestimmung des Gesetzes gestrichen. Der Gesetzentwurf ist allerdings nicht weiter beraten worden. Redner weist nach, daß eine solche Verfügung nicht nur dem Urtheile der Gerichtshöfe widerspreche, sondern auch dem verfassungsmäßigen und gesetzlichen Zustand, denn es sei die Freiheit des Religionsbekenntnisses garantiert, und es steht auch jedem frei, aus den Landeskirchen auszuscheiden durch eine kurze Erklärung. Demgegenüber ist es unbegreiflich, wie die Kinder eines solchen Dissidenten in einen Religionsunterricht gezwungen werden sollen, welcher den Absichten der Eltern nicht entspricht. Wenn der Minister einige Petenten auf den Rechtsweg verwiesen hat, so ist das doch bedenklich, da doch der Minister die Erkenntnisse des Kammergerichts kennt. Rechtskundige Leute sollte man doch auf diesen Weg nicht verweisen. Es sollte immer vermieden werden, die Verwaltung mit der Rechtsprechung in Gegensatz zu bringen. Der Minister hat hier die Erklärung abgegeben, daß ihm nichts weniger wünschenswert wäre, als Gewissenszwang. Gerade in dieser Verfügung wird aber allgemein ein schwerwiegender Gewissenszwang erblidt. Der Vortheil, der durch dieselbe erzielt werden soll, ist ein außerordentlich geringer gegenüber dem Nachtheil, der die Folge derselben ist. Die Kinder können in den Religionsunterricht gezwungen werden, aber es kann nicht verhindert werden, daß ihnen im Hause wieder das ausgerebet wird, was sie in der Schule gelernt haben. Die wahre Religiosität kann nur auf dem Boden der Gewissensfreiheit geordert werden. Bedenklich ist es, dem Volke die Religion aufzuzwingen.

Minister Boffe: Ich kann dem Vorredner nur dankbar sein, daß er diese Sache, die mich vielfach eingehend beschäftigt hat, angeregt hat. Ueber die Vorgänge ist der Vorredner aber doch nicht ganz richtig unterrichtet. Die Verfügung besagt keineswegs, daß jedes Kind an dem Religionsunterricht der Volksschule teilnehmen müsse, sondern nur dann soll das der Fall sein, wenn für den Religionsunterricht nicht anderweitig gesorgt ist. Dieser Zustand hat seit 1889 bestanden, mit Ausnahme zweier oder dreier Entscheidungen des Ministers. Das ist unerwünscht ist, Verwaltung und Rechtsprechung in Gegensatz zu bringen, damit bin auch ich einverstanden. Ich würde mich einer abweichenden Rechtsprechung sofort fügen. Das Kammergericht hat sich aber in den Erwägungsgründen seines Urtheils aus dem Jahre 1886 auf Vorschriften bezogen, die sich auf die höheren Schulen, nicht auf die Volksschulen bezogen. Ich habe wohlwiegend, da ich gewisse Zweifel anerkennen mußte, die Parteien auf den Rechtsweg verwiesen und damit befunden, daß die Frage nicht auf den Gesichtspunkt der schulechtlichen Zweckmäßigkeit stellen, sondern ausschließlich als eine Rechtsfrage betrachten sollte. Könnte ich mich davon überzeugen, daß der Art. 12 der Verfassung verletzt würde, dann würde ich die Verfügung noch heute aufheben, denn ich bin ein Gegner jedes Gewissenszwanges, weil durch denselben niemals das erreicht wird, was man erreichen will. In Glaubenssachen giebt es keinen Zwang. Ich hätte lieber den erhobenen Beschwerden Rechnung getragen, aber ich glaube durch eine klare Rechtsdeduktion genöthigt zu sein, den Erlaß aufrecht zu erhalten. Alle Kinder sollen den Unterricht erhalten, der für die Volksschulen vorgeschrieben ist. Für die Volksschulen ist der Religionsunterricht vorgeschrieben, folglich müssen die Eltern ihren Kindern auch den Religionsunterricht gewähren. Eine Dispensation kann also nur erteilt werden, wenn der Nachweis eines anderweitigen Religionsunterrichts erbracht ist. Man hat gesagt, dieses Ergebnis kann nicht richtig sein, weil es gegen den Grundsatz der Verfassung verstößt und sich auf alte landrechtliche Vorschriften stützt. Gerade aus dem Landrecht kann ein Grund gegen die Verfügung entnommen werden, weil § 75 Titel 2 Theil II des Landrechts das Recht der Eltern, auf die Erziehung der Kinder einzuwirken, dahin angelegt werden könnte, daß die Gewissensfreiheit des Vaters verletzt wird, wenn sein Kind in den Religionsunterricht gezwungen wird. Die Freiheit des Religionsbekenntnisses des Vaters wird aber nicht eingeschränkt, er wird nur zur Erfüllung der Pflicht veranlaßt, seinem Kinde den vorgeschriebenen Religionsunterricht zu gewähren. Ebenso wenig wie er das Kind von der Schule fernhalten kann, weil ihm der Geschichtsunterricht oder etwas Anderes nicht gefällt, ebenso wenig darf er wegen des Religionsunterrichts das Kind fernhalten von der Schule. Der Religionsunterricht muß nachgewiesen werden; dabei wird nicht die Konfession geprüft; es wird die Unterrichtsverteilung sogar dem Vater allein überlassen; aber Religionsunterricht muß sein. Es giebt keine atheistische Religion; eine Religion ohne Gott, das ist ein Nonpens. Einen Unterricht, der auf diesem Wege beruht, kann ich nicht als einen Ersatz für den Volksschul-Unterricht betrachten. Die Verfassung kann die Gewissensfreiheit der Kinder garnicht gemeint haben. Das Kind hat Anspruch auf Gewissens-

freiheit, wenn es alt genug geworden ist. Das Kind in der Schule soll erzogen und religiös beeinflusst werden. Wenn man die Gewissensfreiheit der Kinder anerkennen wollte, dann hört jeder Schulzwang auf, dann geben wir das Beste auf, was wir haben. Mit dem Gewissenszwange ist hier garnichts anzufangen. Es handelt sich nur darum, ob der Wunsch und das Recht des Vaters, die Erziehung seines Kindes zu beeinflussen, soweit gehen darf, daß er dem Kinde jeden Religionsunterricht fernhalten kann. Hätten wir das Volksschul-Gesetz nicht beraten, dann könnten wir eine Form finden, um den berechtigten Wünschen der Eltern nachzukommen. Aber es ist außerordentlich schwierig, ganz irreligiösen Eltern gegenüber eine solche Formulierung zu finden. Was entstehen denn wirklich für große Nachteile, wenn die Verfügung durchgeführt wird? Wenn wirklich ein Kind, von dem es feststeht, daß es einen Religionsunterricht durch die Eltern nicht empfangen kann, angehalten wird, in den Religionsunterricht der Volksschule zu gehen? Der Unterricht wird große Schwierigkeiten haben wegen der Gegenwirkung des Hauses. Aber ist es denn so schlimm, wenn das Kind einmal sieht, wie es diejenigen Leute halten, die noch an der Religion hängen? Sollten die Gerichte in letzter Instanz konstant dabei bleiben, wie das bisher auf Grund irrthümlicher Grundlage geschehen ist, so werde ich mich dem Ansprache der Gerichte fügen. So lange das nicht der Fall ist, halte ich mich für verpflichtet, verfassungsmäßig zu handeln und ich muß die Verfügung aufrecht erhalten.

Abg. v. Wackerbarth (kons.): Bei der vorjährigen Etatsberatung habe ich auf die Regierung die Frage gerichtet, ob die Schulaufsicht sich auch auf den jüdischen Religionsunterricht bezieht. Eine Antwort ist darauf noch nicht erteilt worden. 800 jüdische Gemeinden besitzen keine Persönlichkeit, welche im Stande ist, den Religionsunterricht zu erteilen. Wie ist dieser Zustand mit den Ausführungen des Ministers in Einklang zu bringen?

Minister Boffe: Wenn die Kinder den jüdischen Religionsunterricht nicht in der Schule empfangen, so wird dafür ein Ersatz nachgewiesen werden müssen. Der jüdische Unterricht, auch der Religionsunterricht, untersteht der Aufsicht des Staates; es sind aber keine Beschwerden an mich gelangt.

Abg. Nicker (Dfr.): bittet den Präsidenten, die einzelnen Materien nach einander und nicht durcheinander behandeln zu lassen.

Präsident v. Müller: Ich würde das gern thun; aber bei uns besteht die Rednerliste, an die ich mich zu halten habe.

Abg. Zangerhaus (Dfr.): Die Berufung des Ministers auf Artikel 12 der Verfassung, wonach den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen darf, ist unrichtig. Die ursprüngliche Fassung dieses Artikels in der Vorlage des Jahres 1848 spricht nur davon, daß aus religiösen Gründen nicht die Verletzung von Strafgesetzen und der öffentlichen Ordnung berechtigt ist. Mit dem Religionsunterricht hat das aber durchaus nichts zu thun. Der Minister sagt, der Atheismus sei keine Religion; aber die meisten Dissidenten huldigen gar nicht dem Atheismus, sondern dem Pantheismus. Was soll es nützen, wenn die Kinder in der Schule etwas anderes lernen, als ihnen die Eltern sagen. Wenn der Minister sagt, so lege ferenda würde er es anders machen, so erkenne er damit an, daß der jetzige Zustand ein unhaltbarer ist. (Widerspruch des Ministers.) Jedemfalls sollte der Minister es auf die Entscheidung der höchsten gerichtlichen Instanzen nicht erst ankommen lassen. Die Dissidenten sind meist arme Leute, die unter ihrer Ueberzeugung leiden, und sie sollen sich ihr Recht nun durch konspirative Prozesse erst erkämpfen. Die Humanität sollte es uns gebieten, in dieser Sache anders zu entscheiden, als die Regierung es gethan hat. Soll denn die Entscheidung dessen, was ich für Religion halte, allein der Regierung überlassen bleiben? Solche Verfügungen des Ministers können kein neues Gesetz schaffen; es bleibt immer bei den früheren Gesetzen. Die Verfügung, um die es sich hier handelt, halte ich für verfassungswidrig und geschweidrig.

Minister Boffe: Ich kann doch nicht mehr thun, als die Sache auf den rechtlichen Fuß bringen und sagen: Ich werde mich der gerichtlichen Entscheidung fügen. Um die Prozeßkosten brauchen wir uns nicht zu kümmern; die freie Gemeinde hat ja die Prozeßkosten zu tragen. Daß die Sache zweifelhaft ist, zeigen die Erkenntnisse der ersten Instanz, welche die Leute verurtheilt haben. Daß ich da lege ferenda anders verfahren würde, ist richtig. Ich kann einen anderen Zustand wünschen, fühle mich aber doch in meinem Gewissen gedrungen, den bestehenden rechtlichen Zustand aufrecht zu erhalten. Ueber die Frage des Pantheismus kann ich mich heute nicht auslassen. Ich bleibe dabei, eine Religion ohne Religion ist keine Religion. (Weiterleit.)

Abg. Graf-Eberfeld (natl.) weist auf die bedauerliche Thatsache hin, daß die Gelder, welche für die Durchführung des Normalerlasses bewilligt sind, zum großen Theil erspart sind. Geheimrath Obermannrath Germer: Der Normalerlass konnte erst für die staatlichen Lehranstalten durchgeführt werden. Das Gesetz, welches den Normalerlass bei den übrigen Lehranstalten einführt, ist erst im vorigen Jahre erlassen; es ist unmöglich gewesen, dieses Gesetz ganz durchzuführen. Das wird erst im nächsten Etatsjahre vollständig geschehen.

Abg. von Jazdzewski (Pole) kommt auf den polnischen Sprachunterricht zurück und bedauert, daß der Minister die Sache mit dem Gottesdienste in Zusammenhang gebracht hat.

Minister Boffe sucht in längeren Ausführungen die Beschwerden des Vorredners, die auch kirchliche Angelegenheiten betrafen, zu widerlegen.

Abg. Nicker (Dfr.) tadelt gleichfalls in längerer Rede das Verfahren des Ministers betr. den Religionsunterricht der Dissidenten und nimmt ferner die jüdischen Religionslehrbücher gegen die bekannten antisemitischen Verächtlungen in Schutz.

Minister Boffe: Die Unterrichtsverwaltung mußte kraft ihres Schulaufsichtrechts aus der erhobenen Anklage die Veranlassung entnehmen, den Grund derselben nachzuweisen.

Geheimrath Obermannrath Germer: Die Lehrer an den staatlichen höheren Lehranstalten erhalten das Gehalt nach dem neuen Normalerlass vom 1. April 1892 an, die Lehrer an den nichtstaatlichen Lehranstalten erhalten dieses Gehalt vom 1. April o. J. ab, wo die Vereinbarung zwischen den betreffenden Anstalten und dem Staate getroffen wird.

Abg. v. Seede (natl.) hält diese Ausführung des Normalerlasses nicht für vereinbar mit dem, was bei der Beratung desselben von seiten des Finanzministers und des Unterrichtsministers ausgeführt wurde.

Abg. Stöder: Meine Freunde stellen sich in bezug auf die polnische Frage vollständig auf den Standpunkt des Ministers. Die Kinder müssen zu guten, deutschen Staatsbürgern erzogen werden und deshalb deutsch lernen. Etwas abweichend stehe ich in bezug auf den religiösen Zwangsunterricht der Dissidenten-Kinder. Ich kann dem Standpunkt nicht beitreten, daß der Minister sich dem Urtheil der Justiz unterwerfen will. Ein Religionsunterricht muß stattfinden; ein Lehrbuch, welches Gott verweist, ist kein religiöses Lehrbuch. Trotzdem würde ich nicht so weit gehen, Kinder von Dissidenten in den gesammten christlichen Religionsunterricht hineinzuzwingen. Es muß eine Kenntnis des Christenthums in der Schule erzielt werden, weil sonst eine Bildung im modernen Sinne nicht denkbar ist. Deshalb ist die Schulverwaltung nicht auf einen Ausweg gekommen, der sich mir natur-

gemäß darbietet. Der biblische Geschichtsunterricht ist historisch. Dazu Dissidenten Kinder anzuhalten, würde ich nicht das geringste Bedenken haben. Aber für meinen religiösen Standpunkt ist es gänzlich unmöglich, das Kind eines Atheisten dazu zu veranlassen, den lutherischen oder römischen Katechismus zu lernen, denn der Katechismus enthält zugleich Bekenntnisse. Diese einem Kinde eines Dissidenten aufzuzwingen, wäre sogar pädagogisch bedenklich. Welchem Unterricht sollen die Dissidenten Kinder denn beizubringen: dem katholischen oder evangelischen? Ebenso dringend wie bei den Dissidentenkindern müßte die Regierung einmal die Frage untersuchen, wie viel Kinder jüdischer Eltern entbehren jedes Religionsunterrichts. Auch ich wünsche, daß Klarheit darüber geschaffen wird, ob in den religiösen Unterrichtsbüchern der Juden Unsittlichkeiten enthalten sind. Ich freue mich, daß die Regierung diese Sache untersuchen läßt. Auf jeden Angriff gegen die jüdische Religion kann die Regierung doch nicht eingehen; oder soll sie auch auf jeden Angriff gegen das Christenthum eingehen, welcher in der jüdischen Presse steht? Ueber den Talmud hat der Sachverständige Oster sein Gutachten abgegeben, daß in den 100 Sätzen des Judenpiegels sehr viel Unsittliches enthalten ist. (Zuruf: Straß!) Darüber hätte Herr Nicker sich erst unterrichten sollen. Es wird ja über die ungeheuren Geldmittel geklagt, die der Antisemitismus zur Verfügung habe und die den Juden fehlen. Aber daß ein ausgewachsener Mensch solche Dinge glaubt, könnte ich doch eigentlich nicht annehmen. Vielleicht wäre es besser, wenn Herr Nicker seine Judenschuttruppe umwandelt in einen Verein gegen Verarmung und Bettel, er kommt dann vielleicht besser zu seinem Ziele. (Weiterleit recht.)

Nachdem Abg. v. Jazdzewski dagegen protestirt hat, daß die Polen irgendwie aggressiv gegen die Evangelischen, gegen die Deutschen vorgegangen seien, spricht sich

Abg. Friedberg (natl.) gegen den Erlaß des Ministers, betreffend die Kinder der Dissidenten, aus.

Abg. Nicker: Ich hoffe, daß ich den Minister dahin richtig verstanden habe, daß er das Ergebnis der Untersuchung sofort in irgend einer Weise bekannt giebt. (Rufen des Ministers.) Daß Herr Stöder zu leugnen wagt, daß die Antisemiten mit großen Geldmitteln arbeiten, ist doch seltsam. Der antisemitische Bauernbund hat 20 Wanderebreiter, das antisemitische Bureau hat Millionen von Flugblättern verbreiten lassen. Ich kenne keine Organisation, die so mächtig arbeitet.

Abg. von Wackerbarth (kons.) weist darauf hin, daß die Regierung darauf verzichtet, bei jüdischen Schülern bei der Reifeprüfung den Nachweis der religiösen Bildung zu verlangen, während dies bei christlichen Schülern verlangt wird.

Daraus wird die weitere Debatte um 3/4 Uhr bis Dienstag 11 Uhr verlagert. Außerdem Verlesung der Interpellation Seyffardt wegen Verunreinigung der Elbe bei Magdeburg.

## Parlamentarisches.

Verhandlung der Kommission für Arbeiterstatistik.

In der Sitzung am Freitag den 10. Februar wurde zunächst der Inhalt der Fragebogen zur Ermittlung der Arbeitszeit im Mästergewerbe endgültig festgestellt. Ein Ausschuss, der aus dem Direktor des statistischen Amtes von Scheel, dem badischen Ober-Regierungsrath Dr. Wörthhoffer, den Reichstags-Abgeordneten Dr. Girch und Wollenbaur bestand, hatte eine Vorbekanntmachung der Fragebogen vorgenommen und wurden die sämtlichen Abänderungsvorschläge des Ausschusses angenommen. Nicht angenommen wurde der Vorschlag, den Fragebogen Briefumschläge mit der aufgedruckten Adresse des statistischen Amtes beizulegen.

Für diesen Vorschlag war geltend gemacht worden, daß wenn Arbeitnehmer den Fragebogen ausgefüllt und in demselben Mittheilungen gemacht haben, über besondere Verhältnisse in dem Betrieb, dann der Arbeitgeber nicht erst in der Lage sein sollte, Kenntnis von dem Inhalt zu nehmen. Wenn dieser Weg auch allgemein als praktisch anerkannt wurde, so ist er doch nur auszuführen, wenn man voraussetzt, daß der größte Theil der Befragten in der Lage ist, den Bogen so auszufüllen, daß er zur statistischen Bearbeitung zu gebrauchen ist. Aber sowohl bei der Enquete im Bäckergerwebe, als bei der Umfrage im Handwerksgerwebe hat sich herausgestellt, daß ein sehr großer Theil der Fragebogen erst durch Nacherhebungen der Ortsbehörden in einem für statistische Zwecke brauchbaren Zustand gebracht worden sind. Beispielsweise hätten von den 9000 Fragebogen der Kaufleute 1000 von der Bearbeitung ausgeschlossen werden müssen, weil sie statistisch absolut nicht zu verwerten waren. Die Nacherhebungen sind aber ausgeschlossen, wenn die Bogen direkt an das statistische Amt zurückgehen. Es wurde deshalb beschlossen, die Ortsbehörden nach wie vor zur Ausfüllung heranzuziehen. Die Umfrage soll so eingerichtet werden, daß aus dem Kataster der Berufsvereinschaft 10 Prozent der Adressen herausgezogen werden, von welchen abwechselnd an die Arbeitgeber und an die Arbeiter die Fragebogen gesandt werden. Von Seiten der Kommission wurde der Reichstags-Abgeordnete Wollenbaur dazu bestimmt, zu überwachen, daß die Adressen in der Art, wie die Kommission es beschlossen hat, aus dem Kataster ausgezogen werden.

Ueber die weitere Behandlung der Erhebungen über die Bäckereien und Konditorerien wurde beschlossen:

1. Den Reichskanzler zu ersuchen, den Landesregierungen zu empfehlen, über nachstehend aufgeführte Punkte Erhebungen vorzunehmen zu lassen und soweit thunlich dieselben durch die Gewerbe-Inspektionsbeamten vornehmen zu lassen

1. von denjenigen Arbeitgebern und Arbeitern in Bäckereien, welche bei den bisherigen Erhebungen Arbeitszeiten inklusive der Nebenarbeiten und Pausen über 12 Stunden angegeben haben und zwar bezüglich der Betriebe

mit 12-14 Stunden ungefähr 10 pCt.  
14-16 " " " 15  
mehr als 16 " " " 20

befragten zu lassen, ob und welche Hindernisse

a) bezüglich der Einrichtung des Betriebes,  
b) bezüglich der Ansprüche des Publikums,  
der Beschränkung der Arbeitszeit auf 12 Stunden einschließlich der Pausen und Nebenarbeiten entgegenstehen.

In den hinauszugehenden Formularen zu Vernehmungsprotokollen ist auch zu fragen, ob nicht durch eine Verkürzung der Pausen eine Verkürzung der Gesamtbeschäftigungsdauer zu erreichen wäre.

Wenn solche Hindernisse vorhanden sind, welche Abänderungen haben in der Einrichtung des Betriebes und welche Einschränkungen hat sich das Publikum aufzuerlegen, die Hindernisse zu beseitigen?

In Altona wäre speziell zu erheben, wodurch die Verkürzung der Pausen in der Zeit vom Sonnabend auf Sonntag möglich gemacht wird.

2. Ungefähr 20 pCt. der gewöhnlichen Bäckereien mit längerer Arbeitszeit der Lehrlinge als der Gesellen über die Gründe der Verlängerung zu befragen, und ungefähr 20 pCt. der gewöhnlichen Bäckereien mit kürzerer Arbeitszeit der Lehr-



tinge als der Gesellen darüber zu befragen, in welcher Weise die Verkürzung der Arbeitszeit der Lehrlinge erzielt wird.

3. Von den 260 Bäckereien, welche bei der Umfrage angegeben haben, daß sie vor Sonntag und am Sonntag nicht arbeiten lassen, ungefähr 10 pCt. darüber zu befragen, aus welchen Gründen sie die Arbeit von Sonnabend auf Sonntag und am Sonntag in der Regel nicht brauchen, und an vielen Sonn- und Festtagen im Jahre bei ihnen der Betrieb mindestens 24 Stunden ruht.

II. 1. Von den Innungen und sonstigen Vereinigungen von selbständigen Bäckereien in ungefähr 25 größeren Städten verschiedener Theile des Reiches Auskünfte einzuziehen:

a) ob und welche Gründe eine Beschränkung der Arbeit auf 12 Stunden, einschließlich der Pausen und Nebenarbeiten, entgegen stehen.

b) ob etwa, wenn an einzelnen Tagen in der Woche eine längere Arbeitszeit notwendig wird, hierfür ein Ausgleich durch entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit an anderen Tagen derselben stattfinden kann.

c) ob etwa vor Festtagen und bei besonderen Gelegenheiten eine längere als die vorerwähnte Arbeitszeit notwendig ist? Wenn ja, an wie viel Tagen und wie viel Stunden?

d) ob es möglich ist, dem Lehrling oder jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren innerhalb der Arbeitszeit regelmäßige Pausen von mindestens zwei Stunden täglich, oder den Höchstbetrag der Arbeit auf zwei Stunden weniger als den der Gesellen festzusetzen.

e) wie viele Stunden die Arbeit an den regelmäßigen Sonn- und Festtagen ruhen kann?

f) welches diese Stunden sind?

g) ob es allgemein oder doch bei größeren Betrieben möglich ist, jedem Gesellen und Lehrling an jedem zweiten Sonntag von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends oder an jedem dritten Sonntag volle 24 Stunden freizugeben.

Ueber die gleichen Fragen in gleicher Zahl an den gleichen Orten Auskünfte von Vertretern der Bäckergehilfen einzuziehen und zwar:

a) von den Vorständen von Fachvereinen, Gewerkschaften, Hilfskassen oder sonstigen Organisationen der Bäckergehilfen, von Orts-Krankenkassen für Bäcker, und zwar von den letzteren unter Ausschluß von Vertretern der Arbeitgeber;

b) soweit solche Vereine und Kassen am Orte nicht vorhanden sind, von je 3 Bäckergehilfen, welche von Verwaltungen der Gemeinde-Krankenkassen und Vorständen der Orts-Krankenkassen (letztere unter Ausschluß der Arbeitgeber) aus den Rassenangehörigen hierzu vorgeschlagen werden.

2. Von den Orts-Krankenkassen, Innungs-Krankenkassen, Hilfskassen und Gemeindefrankenkassen einer Anzahl größerer Städte ziffermäßige Angaben für das Jahr 1892 einzuziehen darüber:

a) wie viel Prozente der diesen Rassen angehörenden Bäckergehilfen und Lehrlinge erkrankt sind,

b) wie viel Krankheitsstage durchschnittlich auf einen der Rasse angehörenden Bäckergehilfen oder Lehrling treffen,

c) welche Krankheiten nach den Beobachtungen der Rassenärzte und Vorstände vorzugsweise bei Bäckergehilfen und Lehrlingen vorkommen,

d) wie viele Todesfälle auf die der Rasse angehörenden Bäckergehilfen und Lehrlinge im Jahre 1892 kamen und in welchem Lebensalter

a. unter 25 Jahre  
b. von 25 bis 40 Jahren  
c. über 40 Jahre.

3. Das Ergebnis der unter 2 bezeichneten Erhebungen dem Reichs-Gesundheitsamt mitzutheilen und demselben aufzutragen, ein Gutachten darüber abzugeben:

a) aus welchen Gründen die Art und Weise der Beschäftigung der Bäckergehilfen und Lehrlinge gesundheitsgefährlich ist;

b) in wie weit die Erkrankungen derselben durch die aus den Erhebungen festgestellte Dauer der Beschäftigung verursacht oder wesentlich gefördert werden;

c) welche Maßregeln etwa zur Verhütung oder Verminderung der Gesundheitsbeschädigungen dieser Personen zu treffen wären.

III. Eine Zusammenstellung des Ergebnisses der unter I und II bezeichneten Erhebungen und das Gutachten des Reichs-Gesundheitsamts den Mitgliedern der Kommission zuzusenden und die letztere zur Schlussberatung nochmals zu berufen.

Für diese Berathung als Sachverständige mit beratender Stimme (§ 5 des Regulative) je 2 Arbeitgeber und 2 Arbeiter aus dem Bäckergewerbe, ferner dazu als Auskunftspersonen je 4 selbständige Bäcker und 4 Bäckergehilfen zuzuziehen. Die Befragten sollen vom Herrn Reichsanwalt aus einer doppelten Zahl von Vorgesetzten gewählt werden. In dem Bericht von 12 Arbeitgebern sollen Innungsverbände der Bäcker veranlaßt werden. Der Vorschlag von 12 Gehilfen soll den größten Vereinigungen von Bäckergehilfen anheimgestellt werden.

Den Befragten und Auskunftspersonen soll Gelegenheit gegeben werden, sich über alle Ergebnisse der Erhebungen und über die zu treffenden Maßnahmen zu äußern.

Inbesondere sollen sie auch befragt werden

a) über die Gründe und das Maß der Gesundheitsbeschädlichkeit der Beschäftigung der Bäckergehilfen und Lehrlinge,

b) über den Einfluß der Nachtarbeit,

c) darüber, ob diese Beschäftigung eine besonders aufregende ist,

d) ob die Einschränkung der zulässigen Beschäftigung auf 12 Stunden einschließlich der Pausen und Nebenarbeiten durch das Interesse der Gehilfen und Lehrlinge geboten,

e) ob diese Einschränkung technisch und wirtschaftlich möglich ist, und welche Änderungen in den bestehenden Verhältnissen und Einrichtungen event. hierdurch notwendig würden,

f) ob es geboten und möglich ist, für die Lehrlinge eine kürzere Maximal-Arbeitszeit als für die Gehilfen einzuführen,

g) ob bei größeren Betrieben eine Ablösung der Arbeiter behufs Verkürzung der Arbeitszeit der einzelnen möglich ist,

h) inwieweit es möglich ist, die Arbeit an den Sonn- und Festtagen zu beschränken.

Auf Grund des hiernach vervollständigten Materials hätte die Kommission ihr Schlussgutachten

lich mit der im Nebenbause wohnhaften Familie Leichonki. So hat der mörderische Bursche Gelegenheit gehabt, die Lebensweise seiner Opfer kennen zu lernen. — Eine Stunde nach der Verhaftung des Mörders erschien der Polizeikommissar wiederum in der Wohnung des Tischlers Schmidt und stellte fest, daß eine Uhr und Kette, welche Paul Schmidt vor Kurzem seiner Tante geschenkt hatte, aus dem Raube bei Leichonki herkamme; später wurden die Kleider, welche der Mörder sich von dem geraubten Gelde gekauft, mit Beschlag belegt.

Ueber die Familie des Paul Schmidt, welcher wieder einen Beweis von der entsetzlichen Verrohung eines Theils der großstädtischen Jugend liefert, macht das „M. Journ.“ folgende Angaben: Der Tischler Schmidt ist ein kränklicher Mann, die Mutter hat mit ihrer Schwägerin Minna Schmidt durch Mäntelnähen für vier kleine Kinder und ihre Schwiegermutter zu sorgen. Die Wohnung ist ärmlich aber sauber, die Leute sind fromm, der Apostolischen Gemeinde in der Müllerstraße angehörig und erziehen sich der allgemeinen Achtung bei den Nachbarn. In bewegten Jammerlauten erzählte die Mutter von dem Vorleben ihres Sohnes. Er ist am 10. November 1877 geboren, ein robust blühender Knabe, der in Schneidemühl aufgewachsen ist. Vor drei Jahren ist Schmidt nach Berlin übergesiedelt. Seit Oktober v. J. war Schmidt, der seinem Sohne die erste Anleitung im Parquetbodenlegen gegeben, ohne Beschäftigung, der Sohn blieb zu Hause, sein Betragen war musterhaft. Im Januar verbrachte er aber die Tage außerhalb, gab an, daß er bei einem Schlächter, Mantuffstraße 13, Arbeit gefunden. Die Mutter erinnerte sich, daß ihr Sohn am Nordabend um 10 Uhr nach Hause gekommen, ohne daß etwas Auffälliges an ihm zu bemerken gewesen, er hat gegessen, geplaudert wie immer. Seit dieser Zeit beobachtete man aber an ihm einen beständlichen Zug von Verschlossenheit, Scham und gewissen nervösen Aufbrausen. Seiner Tante gab er Anfangs Februar eine goldene Uhr mit Kette, die er für 9 M. erworben haben wollte, sich selber hat er ebenfalls eine Uhr gekauft, darauf einen Anzug und verschiedene andere Sachen, wie er angab, von seinem Verdienst. Da aber wurden die Eltern doch mißtrauisch. Als der Sohn der Mutter 2 M., die rüchständige Miete, in die Hand drückte, wies sie das Geld zurück, offen ihren Verdacht bekundend, daß eine Unehrlichkeit dabei im Spiele sei. Der Vater hatte unterdessen Mantuffstraße 13 und Umgebung vergeblich nach dem bewußten Schlächter gesucht. Nun verschwand der Sohn auf längere Zeit, so daß er vom Vater polizeilich abgemeldet wurde. Am vorigen Donnerstag erschien er wieder und unterstützte den Vater bei Arbeiten in Friedenau, ernst, verschlossen, feig.

Von Seite der Polizeibehörde wird über den Mörder folgendes mitgeteilt: Obwohl Paul Schmidt erst sein fünfzehntes Lebensjahr vollendet hat, sieht er älter aus, so daß ihn die Uhrmacher in der Paul- und Oranienstraße, bei denen er kurz nach der That sich einen Uhrschlüssel, beim ein Glas kaufen wollte, auf 20 Jahre geschätzt haben. Seine Eltern sind anscheinend ordentliche Leute. Paul Schmidt ist aber schon wegen Diebstahls bestraft. Er hat sich in der letzten Zeit arbeitlos umhergetrieben und, wie er selbst angiebt, schon im Januar den Plan gefaßt, die Frau Leichonki umzubringen und zu berauben. Er war, als er im Nebenbause wohnte, mit der Dürftigkeit und den Verhältnissen der Leichonki bekannt geworden, da er mehrfach dort Kartoffeln gekauft und auch gerollt hatte; besonders wußte er, daß die Frau Tags über allein war, und erst am Abend ihren Mann erwartete. Im Januar hat er bereits längere Zeit vor der Thür gestanden, aber keinen günstigen Zeitpunkt zur Ausführung des verbrecherischen Vorhabens gefunden, weil Käufer ab- und zugingen. Am 1. d. M. hatte er auch kurze Zeit aufgepaßt, die Frau auch durch ein nicht verhängtes Fenster beobachtet. Da der Keller leer blieb, ging er hinein und stellte die Klingel ab. In der Kollammer ergriff er ein Mangelholz und stellte sich hinter die Glasthür, die die Kollammer mit der Wohnstube verbindet und sich nach der Kollammer zu öffnet. Um das Opfer in die Kollammer zu locken, ließ er mit dem Mangelholz einige Male auf den Fußboden, die Frau öffnete die Thür, und als sie daselbst erschien, erhielt sie einen so heftigen Schlag auf den Kopf, daß sie zusammenbrach und im Falle das sie begleitende Kind mit umriß. Da das Kind schrie, ver setzte Schmidt auch ihm einen Schlag und wandte sich dann der Kommode zu, worin das Geld, wie er wußte, aufbewahrt wurde. Da er sie nicht öffnen konnte, zertrümmerte er den Deckel mit dem Mangelholz. Es ist fast unbegreiflich, daß diese Schläge in der Wohnung oberhalb des Kellers nicht gehört wurden. Nachdem er Uhr mit Kette und 150 M. in dem Leinwandbeutel an sich genommen hatte, wollte er hinausgehen, bemerkte aber, daß Frau L. noch lebte. Er nahm nun ein Messer von dem Tisch und versetzte ihr einen Stich in den Hals; dann nahm er 80 M. aus der umgehängten Ledertasche und verließ unbemerkt den Thortor. Von der Nordseite begab er sich zu dem Uhrmacher Wentz. Am folgenden Morgen hat er in den Geschäften der Oranienstraße Handschuhe, Kravatten und Gummihandschuhe, dann bei einem Uhrmacher eine silberne Uhr und Kette gekauft, auch die geraubte Uhr gezeigt und um Befestigung des Glases gebeten. Diesem Uhrmacher hat er seinen Namen genannt und sich für einen Kutscher ausgegeben. Später hat er sich photographiren lassen, sich einen Anzug, Hut und Kette gekauft, 25 M. hat er seiner Mutter, 12 M. einer Tante in Verwahrung gegeben. Der Verbleib des Geldes ist nachgewiesen, und die Aussage Schmidts, er habe die That allein verübt, verdient Glauben. Die geraubte Uhr hat er einer Tante geschenkt. Wie weit die Angehörigen sich der Hehlerlei schuldig gemacht haben, wird die Untersuchung ergeben.

Die Polizei soll durch eine anonyme Denunziation auf den Mörder aufmerksam gemacht worden sein.

Von anderer Seite wird uns folgendes über die Entdeckung des Mörders berichtet:

Durch einen anonymen Brief, der vor einigen Tagen an das königliche Polizei-Präsidium abgegangen und in welchem der Verdacht ausgesprochen wurde, daß ein noch nicht 16-jähriger Knabe der Mörder der Frau Leichonki und ihres Kindes sei, ist es der Behörde gestern Morgen gelungen, des Thäters habhaft zu werden.

Der Mörder ist der Arbeitsbursche Paul Schmidt, fast 16 Jahr alt und aus Schneidemühl gebürtig, dessen Eltern — der Vater ist Rohrlager — früher Gerichtsstraße 42 wohnten, also unmittelbare Nachbarn der Leichonki'schen Eheleute bis zum 1. Oktober v. J. waren. Im vorigen Herbst verzog die Familie Schmidt nach der Biesenhalerstraße 15, doch verkehrte der jugendliche Mörder Paul Sch. noch viel in der Gerichtsstraße 42, weil dort noch ein Onkel von ihm, der Gasleger Schmidt, im Vorderbause wohnte.

Der Mörder ist ein kräftiger junger Mensch, weit über Mittelgröße, von blühender Gesundheit, der durchaus nicht etwa aus „Beschränktheit“ die That begangen hat, sondern der ein ganz durchtriebener Bursche zu sein scheint, welcher durch sein scheinheiliges verschlossenes und dummsüßes Wesen seine nächste Umgebung zu täuschen verstand.

Als Paul Schmidt gestern Morgen verhaftet wurde, um sofort nach dem königl. Polizei-Präsidium überführt zu werden, hat er noch 5 Stunden hindurch trotz erdrückender Gegeneweise die blutige That gelugnet, bis er gegen 1 Uhr Mittag das Geständnis ablegte, Frau Leichonki und das Kind derselben ermordet zu haben.

Mit jenseitigem Gleichmuth erzählt nun der Junge die Einzelheiten des Doppelmordes; er habe den Mord schon zu Neujahr begeben wollen, es aber doch noch aufgeschoben, bis er gar kein Geld mehr gehabt habe. Den Mord habe er so ausgeführt, wie es in den Zeitungen schon gestanden, nur auf die Frage, warum er das Kind getödtet, antwortete der Bursche gelassen: „Das hat so furchtbar geschrien!“

Paul Schmidt hat im vorigen Jahre als Arbeitsbursche bei den Rohrlagern gearbeitet und ist seit Dezember 1892 ohne Beschäfti-

gung gewesen. Dann scheint der Junge in schlechte Gesellschaft gerathen zu sein, im Januar will er auf dem Central-Biehhoft gearbeitet haben, ohne indessen die Arbeitsstelle angeben zu können.

Sonderbar bleibt es jedoch, daß den Eltern des Burschen es anfänglich nicht auffiel, daß ihr Sohn Anfang Februar viel Geld bei sich hatte; so zeigte ihnen Paul Schmidt eine goldene Uhr — es war dies diejenige der Frau Leichonki — welche er bei einem Gaustret für 12 M. erstanden haben wollte. — Zwei Tage darauf kam er in einem neuen Anzuge nach Hause und hatte viel Geld in der Tasche, was er alles bei seinem neuen Brotherrn verdient haben wollte. — Nun endlich kam dies sonderbare Auftreten des Burschen den Eltern verdächtig vor, die Mutter sprach darüber mit Hausbewohnern, und aus dem Hause Biesenhalerstraße 15 heraus ist der Polizei der anonyme Brief, in welchem Paul Schmidt des Mordes bezichtigt wird, zugegangen.

Seit Anfang voriger Woche blieb der Bursche gänzlich von Hause fort und war für mehrere Tage für die Seinen verschollen, bis er am Freitag wieder nach Hause kam, anscheinend aller Baarmittel ledig! — Er gab an, ohne Stellung zu sein und wollte nun wieder bei den Rohrlagern arbeiten. —

Der Wunsch des Gatten und Vaters der Ermordeten, zu erfahren, welches die letzten Worte seiner Frau gewesen, ist vielmals von der hiesigen Kriminalpolizei erfüllt worden. Nachdem Paul Schmidt, der übrigens keinerlei Gemüthsbewegung zeigte, die That eingestanden, wurde er danach gefragt; der Junge gab an, daß nach dem ersten Stiche mit der Kollante die Frau L. niedergefallen sei, wortlos, ohne zu schreien; er habe dann der L., welche er übrigens gut gekannt, noch einen Stich in den Hals veretzt. —

„Und dann?“ wurde der jugendliche Mörder gefragt. „Dann ist das Kind dran gekommen, und darauf habe ich nach Geld gesucht und dasselbe auch gefunden“, schloß Paul Schmidt sein Geständnis, indem er vergeblich versuchte, den trockenen heißen Augen eine Thräne zu entreissen, „und weiter habe ich nun nichts mehr zu sagen.“ —

Am geizigen Nachmittage wurde der Thäter nach dem Untersuchungsgefängnis in Moabit überführt. — Die Eltern des Verbrechers, welche noch vier kleine Kinder haben und bei denen eine Schwester und Mutter der Frau Schmidt wohnen, erstreuen sich eines guten Leumundes.

Den neuen Oberbürgermeister lassen die Vorarbeiten seines entschlossenen Vorgängers nicht ruhen. Was Forderbed ruhmvoll begonnen, der Jelle wird es fortführen. Die Kunz'schen Pläne sind nicht beseitigt; man ließ nur ein wenig Gras über dieselben wachsen, und jetzt marschiren sie in einer Vorlage des Magistrats an die Stadtverordneten-Versammlung wieder auf. Wieder sollen ganze Straßenreihen niedergelegt werden, um dem Schlosse nach allen Seiten hin einen majestätischen Anblick zu gewähren und zugleich für das Forderbeden und das zu erweichende Kaiserdenkmal eine geeignete Umgebung zu gewinnen. Was jetzt den Stadtverordneten zur Genehmigung zugeht, ist nur der Anfang; aus schonungsloser Rücksicht für die jarten Gemüther, deutet sich der Plan vorläufig nur bis zur Breitenstraße und Königstraße aus; später kommt auch noch der Ententrich und der Park dazu und dürfte Alt-Berlin kaum ausreichen, um dem Schlosse eine würdige Umgebung zu verleihen.

Dr. Franz Mehring veröffentlicht in der Frankfurter „Volkstimme“ folgende Erklärung: Berlin, 13. Januar 1893.

Verehrliche Redaktion!

In Nr. 5 Ihres geschätzten Blattes sagen Sie, daß die Volkshöhne in Berlin leider einseitig zu viel pessimistisch-moderne Stücke aus dem Leben des literarischen „Lumpengebietes“ und anderer Verkommenheiten biete. Ich darf Sie als Vorsitzender der „Freien Volkshöhne“ wohl ersuchen, das anscheinend obwaltende Mißverständnis aufzuklären und mir die Bemerkung zu gestatten, daß unser Unternehmen, seitdem es überwiegend von Arbeitern geleitet wird, durchaus auf dem von Ihnen vertretenen Standpunkt steht. Wir richten unser Augenmerk erstens auf klassische Dramen, zweitens auf ältere erprobte Stücke von sozialem Gehalt, drittens auf solche neueren Stücke, die mit grundsätzlicher Schärfe die sozialen Probleme der Zeit behandeln und deshalb trotz ihres dramatischen Werthes nicht auf die bürgerlichen Bühnen gelangen. Demgemäß haben wir im laufenden Spieljahr schon gespielt oder werden wir in den nächsten Wochen spielen: erstens Lessing's „Nathan der Weise“, zweitens Angier's „Arme Lavin“ und Ringenruber's „Vertes Gebot“, drittens das dreiaktige Schauspiel „Der freie Wille“ von Hermann Faber und das vieraktige Schauspiel „Andere Zeiten“ von Paul Vaber. Diese beiden Stücke rühren von Anfängern, aber von hoffnungsvollen und reich begabten Anfängern her, die auf dem bornreichen Weg einer wahrhaftigen sozialen Dramatik zu unterthünen unserer Erachtens zu den ersten Aufgaben der „Freien Volkshöhne“ gehört. In beiden Stücken weht heilsam die Frankfurter Luft. Faber kennzeichnet in bitter-treffender Weise den „freien Willen“, den die geistige Arbeit im Joch des, sei es auch mit demokratischen Schlagworten, aufgeputzten Kapitalismus hat, während Vaber, dessen Schauspiel am 22. d. M. zur ersten Aufführung gelangt, zum erstenmal den arbeitenden und kämpfenden Proletariat in seinem zukunftsreichen Optimismus — gerade im Gegensatz zu der pessimistischen Darstellung des Lumpenproletariats, worin eine gewisse Sorte von „Naturalismus“ schweigt — auf die Bretter stellt.

Mit kollegialem Gruß  
Ihr  
F. Mehring.

Bezüglich des Brückeneinsturzes auf dem Erzzerplatz der Eisenbahnbrücke bei Tempelhof erfahren wir noch: Die Mittheilung hiesiger Blätter, daß mehrere Soldaten bei dem Brückeneinsturz ihren Tod gefunden, beschäftigt sich als all zu erweise nicht. Amlich wird darüber mitgeteilt: Scher verlegt sind 5 Mann in das Garnisonlazareth eingeliefert, ebenso wurden 5 Soldaten dahin geschafft, deren Wunden zu ersten Bedenken nicht Anlaß geben. 8 Mann sind nur unerheblich verletzt. Von den schwer Verwundeten mußte einem das linke Bein, dessen Knochen zerplittert ist, amputirt werden. — Wie sich nun definitiv herausgestellt, ist der Unfall dadurch entstanden, daß ein etwa 30 Meter langer Träger der etwa 100 Meter Spannung haltenden, gänzlich aus Eisen konstruirten Brücke umfiel. Beim Schwanken einer Stütze legte sich der vermutlich durch den letzten großen Frost gelockerte Träger um, wodurch sich das ganze Bauwerk senkte. Bei dem Umsatz geriet ein fünf Mann zwischen den umfallenden und den Nachbarträger und diese Mannschaften sind sämtlich schwer verletzt; die übrigen Soldaten haben nur allerdings theilweise erhebliche Stetswunden erlitten. Die Brücke sollte übrigens am Sonnabend Nachmittag fertig gestellt werden, weil der Kaiser dieselbe am heutigen Tage, Montag, zu besichtigen gedachte. Wir bemerken noch, daß alle die beunruhigenden Gerüchte, wonach eine Anzahl Todte bei dem Unfall zu verzeichnen gewesen, dadurch ihre Nahrung erhalten haben, daß das Regimentskommando jegliche Auskunft an Berichterstatter verweigerte!

Eine Fuhrmannsroheit, die sich schwer rächen wird, ist am Sonnabend Nachmittag von einem Omnibusfahrer der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft in der Leipzigerstraße, unweit dem Abgeordnetenbause, verübt worden. Der Kutscher fuhr ohne Karsen in stotterem Trabe auf einen älteren Arbeiter los, der vor dem Omnibus, beinahe dicht am rechten Bürgersteig — also so vorfichtig, wie nur denkbar — auf dem fuhrdamme einen Handkarren dahinschob. Bei dem schließlich erfolgenden Zusammenstoß flog dem Arbeiter die Reichel seines Karrens aus der Hand und durchbohrte um ein Paar dem

## Lokales.

Der Mörder, dessen Raubgier am 1. d. Mts. die Ehefrau und das Söhnchen des Maschinenschlossers Leichonki, Gerichtsstraße 43, zum Opfer gefallen sind, befindet sich seit gestern Morgen in den Händen der Polizei; es ist ein noch nicht 16 Jahre alter Knabe, der Arbeitsbursche Paul Schmidt, der Sohn einer braven Tischlerfamilie.

Gestern Morgen um 8 Uhr erschien in der Wohnung des in der Biesenhalerstr. 15 wohnhaften Tischlers Schmidt ein Polizeibeamter und verhaftete dessen Sohn Paul, der noch im Bette lag. Ein furchtbares Aufsehen erregte die Eltern des Knaben, als sie erfuhren, daß ihr Sohn der Urheber der entsetzlichen Bluttat in der Gerichtsstraße ist. Die Familie Schmidt wohnte bis zum Oktober v. J. in dem Hause Gerichtsstr. 42 und verkehrte nachbar-







# Depeſchen.

(Depeſchen des Bureau Herald.)

Wien, 13. Februar. Im Bruzer Braunkohlenrevier wird bisher auf 9 Schächten gestreift. Es ist Gefahr weiterer Ausdehnung des Streifes auf das Duzer-Teplerer Kohlenrevier vorhanden. Die Arbeiter verlangen einen achttägigen Arbeitstag und 25prozentige Lohnerhöhung.

London, 13. Februar. Das Homeruleprojekt wird gleich bei der Einbringung diskutiert werden. Die zweite Lesung erfolgt gegen Oſtern. Die Parnelliten und Gladſtoneaner votiren zu Gunſten des Projekts.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

London, 13. Februar. Unterhaus. Gladstone, von ſeinen Anhängern enthuſiaſtiſch begrüßt, erklärt, ein permanentes Zwangsgeſetz für Irland ſei unmöglich. Bei Errichtung der Union ſeien Irland gleiche Geſetze wie England verſprochen, dieſes Verſprechen ſei jedoch niemals erfüllt worden. Fünf Sechſtel der iriſchen Abgeordneten ſeien Nationaliſten. Er wolle gegen England keinerlei Drohung richten, aber wenn dieſelbe gegen die iriſchen Forderungen ewigen Widerſtand leiſtete, werde es ſeine Kräfte erſchöpfen. In der im Jahre 1888 eingebrachten Vorlage ſeien 5 unabhängige Hauptprinzipien aufgeſtellt worden, an denen feſtzuhalten die Regierung beſtrebt ſei. Der Zweck der jetzigen Vorlage ſei die Errichtung einer legiſlativen Körperschaft mit dem Sitze in Dublin für die legiſlativen und adminiſtrativen iriſchen Angelegenheiten. Die Regierung wünſche nichts zu thun, was mit der Reichſheit unvereinbar ſei. Sie wünſche vielmehr, dieſelbe durch die Ausdehnung der lokalen Selbſtverwaltung zu ſtärken. Für die Suprematie des Reichsparlamentes werde in der Einleitung zur Homerule-Bill Sorge getragen, indem dort ausdrücklich geſagt ſei, daß die Bill eingebracht werde, um ein iriſches Parlament zu errichten ohne die Oberherrſchaft des Reichsparlamentes zu beeinträchtigen oder zu beſchränken. Die iriſche legiſlative Körperschaft werde aus dem legiſlativen Rath und der legiſlativen Verſammlung beſtehen. Der Biſchof werde auf 6 Jahre ernannt werden, ſei aber der eventuellen Abhebung durch die Krone unterworfen. Auf die Qualiſikation zu dieſem Amte ſoll die Konfeſſion ohne allen Einfluß ſein. Dem Biſchof würde volle Exekutivegewalt übertragen. Ferner werde ein Exekutivekomitee des Geheimen Rathes von Irland ernannt werden. Dieſes Komitee werde in Wirklichkeit der Rath für gewöhnliche Angelegenheiten oder das Kabinet des Biſchofs bilden. Auf den Rath dieſes Komitees werde der Biſchof die Bills genehmigen, wobei er jedoch von der königlichen Inſtruktion bezüglich aller eingebrachten Vorlagen abhängig bleibe. Der legiſlative Rath werde der Miniſterialität in Irland Gelegenheit zum Ausdruck ihrer Meinungen bieten und die volle Erwdigung derſelben ſichern. Dieſer Rath werde aus 48 gewählten Mitgliedern beſtehen. Stimmberechtigt ſei jeder, der ein Minimum von 20 Pfund als Jahresmiethe entrichte. Jeder Wähler ſei nur in einem Wahlbezirk ſtimmberechtigt.

Im weiteren Verlaufe ſeiner Rede führte Gladstone aus, die legiſlative Verſammlung Irlands ſolle auf ſechs Jahre von den jetzigen Wählern gewählt werden und aus 103 Mitgliedern beſtehen. Die Richter ſollten unabſchbar ſein und von der Krone ernannt werden. Für den Zuſammentritt der legiſlativen Körperschaft ſei der bequemeſte Zeitpunkt der Monat September. Der erſte Dienſtag im September ſei dafür in Ausſicht genommen. Die finanziellen Bills ſollten aus der legiſlativen Verſammlung hervorgehen, indeß nur nach vorhergegangener Initiative ſeitens des Biſchofs. Die poliſtiſche Gewalt werde von der alten auf die neue Autorität übertragen werden. Die lokalen Behörden Irlands ſollten allmählich eine neue Poliſteimacht in den lokalen Bezirken errichten und die jetzigen Konſtabler ſollten hauptſächlich aus dieſen Lokalbezirken nach und nach zurückgezogen werden. Friſche Deputirte ſollten im Reichsparlament ſitzen, aber der Zahl der Bevölkerung gemäß ſolle ihre Zahl von 103 auf 80 vermindert werden. Selbſtredend müßten für dieſe Deputirten Neuwahlen angeſchrieben werden. Die Stimmberechtigung der iriſchen Abgeordneten im Reichsparlament werde beſchränkt werden. Dieſelben ſeien ausgeſchloſſen von den Abſtimmungen erſtens über Anträge und Vorlagen, deren Inhalt ausdrücklich auf Großbritannien beſchränkt ſei, zweitens von Abſtimmungen über Finanzbills, die nur Großbritannien betreffen, ferner von Beſtimmungen über Kredite für andere als Reichszwecke. Irland werde einen billigen Antheil an den Reichsausgaben tragen. Die Jolleinnahmen Irlands ſollten als angemessener Beitrag des Landes zu den Reichsausgaben betrachtet werden. Hierdurch werde die Nothwendigkeit einer ſchwierigen Berechnung beseitigt. Natürlich müſſe die Verwaltung der Jolleinnahme Irlands eine britiſche Angelegenheit ſein. Die Netto-

Einkünfte Irlands betrügen im Jahre 2 800 000 Pfund, die Reichsausgaben beſtänden ſich auf 59 Millionen. Die Erhebung der von der Reichsbehörde feztzuſehenden Acciſen-Abgaben ſoll in den Händen der iriſchen Behörden ſein. Falls die in der Bill enthaltenen Anträge genehmigt würden, werde das iriſche Parlament mit einem Ueberſchuß von einer halben Million beginnen. Gladstone ſchloß ſeine mehr als zweifelhafte Ausführungen mit der Erklärung, die Homerule-Bill würde die Stärke, Größe, den Ruhm und die Einheit des Reiches erhöhen und kräftigen. Er bitte das Haus, durch die Annahme der Vorlage die Vergangenheit vergeſſen zu machen.

## Briefkaſten der Redaktion.

A. S. Sie können von dem Vertrage zurücktreten: Minderjährige können ſich ohne Genehmigung ihres Vaters oder Vermundes rechtmäßig ſogenannte Perſona für 180 M. auf Abſchlag nicht aufſchlagen laſſen. Wenn Volljährige derartige Abſchlagsgeſchäfte auch nicht abſchließen würden, ſo würden viele Prozeſſe und Koſten ihnen erſpart bleiben.

Anton in Emmerich. Bewußt erhalten die Kinder ihre Unfallrente auch nach Wiederverheirathung der Mutter. Die zweite Frage iſt nicht verſtändlich; Sie wollen ſie ausführlicher wiederholen und das Sachverhältniß genau darlegen, damit Ihnen eine zutreffende Antwort ertheilt werden kann.

Reihenſtraße. Zur Begründung der Altersrente wird zur Zeit (bis zum 1. 1. 1911) verlangt: 1. Zurſetzung des 70. Lebensjahres, 2. Nachweis, daß die Betreffende in den drei dem 1. Januar 1891 vorangegangenen Jahren mindestens 141 Wochen eine die Verſicherungspflicht begründende Thätigkeit ausgeübt hat, 3. Entrichtung wenigſtens eines Verſicherungsbeitrages auf Grund eines Verſicherungsverhältniſſes. Ihre Mutter kann alſo leider die Rente nur verlangen, wenn ſie Beiträge entrichtet hat. Laßt ſich denn keine ſolche Beſchäftigung noch nachträglich ausfindig machen? Maßgebend ſind für Ihre Mutter §§ 157 (n. u. e. Faſſung), 16 und 156 des Invaliditäts- und Altersverſicherungsgesetzes.

Wittlingen. Eignet ſich mehr für rheiniſche Blätter. Wir ſandten deshalb die Zuſchrift an den „Boten von der Saar“.

Schöneberg. Beſteht in Schöneberg eine Poliſteiverordnung — das wird Ihnen auf dem Amt mitgeteilt —, durch welche Hauſeigenhümer oder Baununternehmer verpflichtet ſind, das Trottoir von Schnee und Eis rein oder glattfrei zu halten, ſo haſtet der Eigenhümer u. ſ. w. dem durch Uebertretung dieſer Poliſteivorſchrift zu Fall gekommenen für den geſamten Schaden, alſo auch für erſchlichen entgangenen Tagelohn in Ihrem Falle ſowie für Erſatz der Koſten.

100. Zwei Wettende. 1. In keinem Prozeß (auch in einem Beleidigungsprozeß nicht) iſt einem Rechtsanwalt deshalb verwehrt, eine Partei zu vertreten, weil er mit dieſer verwannt iſt. 2. In einem Beleidigungsprozeß iſt der Antrag auf Koſtenerſtattung einſchließlich, da auch ohne einen ſolchen Antrag von Amts wegen über die Koſtenfrage entſchieden werden muß.

Steg. Minden. Sie wollen bei Bezugnahme auf eine Mittheilung im „Vorwärts“ die betreffende Nummer der Zeitung angeben. Die Anzeige des Vergnügens war ſo wie die Anzeige jeder Verſammlung des Vereins erforderlich. Langjuhrigkeiten, die von Vereinen veranſtaltet werden und ſich auf den geſchloſſenen Kreis der Mitglieder beſchränken, ſind im dortigen Kreis von einer Genehmigung nicht abhängig. Derartige Schenkriegeleien ſind ein Ausdruck des bürokratiſch-militäriſchen Kriſtenſtaats. Die Anlangen erſolgen wieder zurück. Beſten Dank.

P. P. Schmargendorf. An die Redaktion iſt ein derartiger Bericht nicht gelangt.

R. 100. 1. Falls Sie teſtamentariſch Ihre Frau zum Vormund ernennen, bleibt ihr die Erziehung des Kindes. 2. Zur Ernährung, Verpflegung u. ſ. w. ſind die Verwandten des Kindes — d. h. nicht Ihre Frau — verpflichtet. Der Anſpruch iſt allerdings ſchwer durchzuführen.

M. S. 25. Nein.

E. K. Auf ein Jahr zurückgeſtellt.

F. M. Ja.

B. K. Befehl der Bewilligung des Armenrechts muß ſie ſich zunächſt an den Bezirksvorſteher, bezügliche Magiſtrat, ſodann unter Weiſung des von Magiſtrat ausgetheilten Alteses an das Gericht mit dem Antrage wenden, ihr das Armenrecht zu bewilligen.

Kub P. Freunde. P. iſt wieder verheirathet, er ſieht jetzt im Gefängniß in Gommern, wohin Sie ſich eventuell mit weiteren Anträgen wenden wollen.

D. S. P. 36. Nur das Eine.

S. R. 13. 14 Tage.

des Trommelfells entſtand, der Mann längere Zeit ärztlich behandelt werden mußte, und die eingetretene ſtarke Gehörſchwäche noch heute nicht völlig beſeitigt worden iſt. Das Leiden iſt zweifellos auf jenen Hauſchlag zurückzuführen, indem der Soldat gleich am Tage darauf die Wahrnehmung machte, daß beim Athmen Luſt mit pfeifenähnlichem Geräusch aus dem Ohr hervordrang und dann alſobald eitriger Ausfluß folgte. Der Verletzte machte erſt ein halbes Jahr ſpäter von der Sache Anzeige, und zwar nach dem Ausſcheiden des Sergeanten, weil er ſo lange ſeitens deſſelben ſchlechte Behandlung als Folge der Unterſuchung für ſich fürchtete. Das Gericht erkannte gegen den Angeklagten auf 4 Monate Gefängniß, indem es über den Antrag der Staatsanwaltschaft um 2 Monate hinausſetzt. Dieſer Prozeß ſpricht wieder über das militäriſche Verſchwerdrecht und die militäriſche Gerichtsbarkeit, unter denen der Fall ſicher ſo gut wie keine Abänderung gefunden hätte. Wie lange wird ſich das Volk ein ſolches System noch bieten laſſen?

Jugendliche Selbſtmörderin. Ludwigshafen. Eine hier in Pflege befindliche zwölfjährige Waiſe aus Fulda verſuchte ihrem Leben ein Ende zu machen. Die körperlich weit vorgeschrittene Kleine hatte nämlich einen — Herzensband angeknüpft und deſwegen Zurechtweiſungen ſeitens ihrer Pflege-Eltern zu erwarten. Um jeder Auseinanderſetzung aus dem Wege zu gehen, knüpfte ſich das Mädchen Karbolsäure, angeblich zu Deſinfektionszwecken, begab ſich geſtern Abend in den Mundheimer Wald, und nahm einen Theil der Flüſſigkeit zu ſich. Die Folgen waren fürchtbare. Halb entſetzt wurde das Mädchen heute früh von einem Herrn aufgeſunden.

Notodices. Brann, 11. Februar. Zwei mit Revolvern bewaffnete Individuen, anſcheinend Arbeiter, drangen heute in das Komtoir des Fabrikanten Roſenthal, verwundeten Lehteren, ſowie zwei im Komtoir anweſende Arbeiter und einen Advokaten durch Schüſſe. Roſenthal iſt ſeinen Verwundungen erlegen. Die Thäter ſind bisher noch nicht ergriffen.

Von einer Lokomotive in 10 Stunden. Eine Lokomotive ſammt Tender in kaum 10 Stunden zu konſtruiren und fertig zu montiren, iſt, der „Kleinen Preſſe“ zufolge, vor kurzen in der Stadford Hauptwerkſtätte der engliſchen „Great Eastern Railway“ vollbracht worden. Eine andere engliſche Eiſenbahn-Geſellſchaft, die London und North Weſtern Railway“ habe bereits vor einigen Jahren die Welt dadurch in Erſtaunen geſetzt, daß ſie eine Lokomotive in 25 Stunden fertig brachte, worauf dann in Amerika die Pennsylvania Railroad in ihren Ateliers zu Altoona (Vereinigte Staaten) das ſelbe Kunſtstück in 16 Stunden 50 Minuten leiſtete. Nun geht es, auch dieſen Rekord zu ſchlagen, und das gelang in wahrhaft glänzender Weiſe. Der Werkſtättenchef in Stadford, Mr. Holden, beſtimmte 10 Stunden für die ganze Arbeit und hielt vor Inangriffnahme derſelben an die 137 dazu angewählten Maſchinenſchloſſer und Konſtrukteure eine entſprechende Anrede. Darauf wurde — um 9 Uhr 8 Min. Morgens, jezt im Winter — täglich loſgehammert. 85 Männer arbeiteten an der Lokomotive und 52 an dem Tender. Um 11 Uhr 47 Min. Vormittags waren ſämmtliche Beſandtheile des aufzubauenden Dampfroſſes fertig zubereitet, und ohne Unterbrechung wurde zur Aufmontirung geſchritten. Nach einer Arbeitszeit von 4 Stunden 37 Minuten wurde bereits der Keſſel eingefezt und 9 Stunden 47 Minuten nach Anbeginn des Werkes ſtieß die Lokomotive triumphierend ihren erſten Pfiff aus. Sie war nämlich auch ſchon geheizt worden. Noch ſchleuete einige Minuten zur zehnten Stunde, als die neue Lokomotive bereits vor einem Kohlenzug geſetzt war, den ſie ſtraß nach Peterborough führte. Unterwegs trodnete die Farbe des Anſtrichs, welche der blißartig erſtandenen Lokomotive ebenfalls nicht fehlte.

Verwüſtungen in Zante. Aus Zante laufen neue Einzelheiten über die fürchtbaren Verwüſtungen durch die Erde herein. In der Stadt Zante ſind alle Häuſer buchnählich unbewohnbar. Das Stadtviertel Santa Trinita gleicht einem Trümmerhaufen. Die alte Marktkirche, das Presbyterium, das von den Venetianern erbaute Kaſtell, das Gebäude der Staatsanwaltschaft und das Theater ſind eingestürzt. Man zählt in der Stadt Zante fünf Tode und einige hundert Verwundete. Das Jittern des Bodens dauert fort; häufig werden auch noch kleine Erdſtöße verſpürt.

Weitere Meldungen aus Zante bezeugen, daß die ganze Inſel ein wüſter Trümmerhaufen ſei. An vielen Punkten der Inſel ſind große Erdfpalten entſtanden, welche ganze Häuſergruppen mit ihren Inſaſſen verſchlungen haben. Die Bewohner leiden trotz mehrfacher Zufuhren Mangel an Nahrungsmitteln. Die Zeitungen in Athen bezeichnen die Kataſrophe als die größte, von der Griechenland je betroffen.

Die Cholera iſt im Saalreis als erloſchen zu betrachten. Profeſſor Pſuhl reist Nachmittags nach Berlin zurück.

## Allgemeine deutsche Zuchuss-Kranken- u. Sterbekasse (Sitz Mainz).

Dieſelbe gewährt ihren Mitgliedern bei einem wöchentlichen Beitrag von 20, 25 bezw. 35 Pf. eine wöchentliche Kranken-Unterſtützung von 6, 9 bezw. 12 M. und Sterbegeld von 40, 50 bezw. 60 M. — Das Einſchreibegeld beträgt von 14—45 Jahren 1,50 M.; auch werden bis zum 18. März d. J. Perſonen von 45—55 Jahren gegen ein Einſchreibegeld von 5,30 M. aufgenommen. — Die Zahlſtelle für den Süden und Südoſten beſteht ſich Dresdenſtr. 136 im Lokale des Herrn Post-Eingang Reichenborgerſtraße. Zahlſtunden: Sonnabends von 7 1/2—9 1/2 Uhr Abends.

Aufnahme neuer Mitglieder ebenfalls.

## Der Vorstand der Zahlstelle Süden u. Südoſten.

## Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer

(Eingeſchr. Niſſelſtraße Nr. 2 Hamburg). Oertliche Verwaltung Berlin. General-Verſammlung

am Donnerſtag, den 16. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, in Boltz' Lokal (unterer Saal), Alte Jakobſtraße 75 (früher Feuerſtein). Tages-Ordnung: 1. Abrechnung pro 4. Quartal 1892. 2. Anträge zur Generalverſammlung. 3. Wahl der Delegirten. 4. Reviſoren-Wahl. 5. Verſchiedenes. Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen iſt das Erſcheinen ſämmtlicher Mitglieder nothwendig. 366/4 Der Vorstand. J. A.: August Grasse, Hübſcheſtr. 18.

## Arbeiter-Geſangverein Nord.

Sonntag, den 19. Februar: Herrenpartie nach Briese. Treffpunkt präzis 8 1/2 Uhr: Nord-Bahnhof, Bernauerſtr. Freunde und Genossen, welche gewillt ſind, unſere Partie mitzumachen, ſind hiermit freundlich eingeladen. Der Vorſtand.

## Große öffentliche Versammlung

jämmtlicher im Drechsler-gewerbe beſchäft. Arbeiter am Mittwoch, d. 15. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, Dresdenſtr. 116 bei Gröndel.

Tages-Ordnung: 1. Mittheilungen über den Stand der Sperrre. 2. Diſkuſſion. 3. Verſchiedenes. Kollegen, Euro Pflicht iſt es, zahlreich und pünktlich in der Verſammlung zu erſcheinen. 138/2 Die Agitationskommiſſion.

Illuſtrirte Weltgeſichte für das Volk. Von S. G. Bogt. Heft 1 (Preis 10 Pf.) iſt erſchienen und durch mich zu beziehen. 1834/6 Haus Waake, City-Paſſage, Dresdenſtr. 52/3.

## Herm. Hammel

Depilation „Zu den drei Kronen“ Prinzſtraße 15, Ecke Draniensſtr. empfiehlt: 8639/L

Rum, Cognac, Arac, Grog-, Pansch-, Glühwein-Essenzen. Die billigſten Wohnungen, beſtehend aus 1 St. u. 2 St., Küche, ſep. Korz., ſind Schulſtr. 50. 1825/b

## Sophastoff-Reste

in Rips, Damast, Crèpe, Fantasie, Gobelin, Plüsch und bunten Mocqueto ſpottbillig! Proben franko! 8357/L Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienſtraße 158.

## Zur Einsegnung

empfehle einen Poſten ſchwarzen reinwollenen Cachemire, doppeltbreit, Nr. von 1 M. an. (98839) Einen Poſten ſchwarzer u. colorirter Fantasiſtoffe in ſchönſten Muſtern, doppeltbreit, Nr. von 1,10 M. an. Wilhelm Jacoby, Oranienſtr. 18, Ecke Heinrichſplatz.

## Arbeitsmarkt.

Geübte Arbeiterinnen auf Knaben-Stoffen ange ſuchen dauernd lohnende Arbeit bei G. Michaelis, Chausſeeſtr. 123. 47/18

Mamsells auf beſſere Knabenanzüge verl. Stein, Adalbertſtr. 22. 1293/R

Geübte Näherinnen auf Waſche verl. Boru, Novaliſtr. 3 (am Draniensburger Thor) 2. Hof 4 Tr. 1838/b

Ein Seiſenſchneider auf Hauſſeiſe wird verlangt; Bewerber mit durchaus guten Empfehlungen werden nur be-rückſichtigt. Niddorf, Max Goeride, Steinmehſtr. 64/65. 8671/L

## Redakteur

ſucht zum Frühjahr ein Genosſe, der ſich in redaktioneller u. agitatorischer Thätigkeit auf gute Penſionen tücht. Anſerten werden unter Chiffre S. D. an die Exp. d. Bl. erbeten. 1891/b

## Wichtig für Musikinstrumenten-Händler und Artisten.

Im Laden Invalidenſtraße Nr. 35 findet ein Maſſenverkauf von noch durchaus guten, zurückgeſetzten Inſtrumenten aus den Inventarbeſtänden einer Inſtrumentenfabrik ſtatt. Der Ankauf von ſchweizer Muſikwerken, Mundharmonikas, Accordions, Concertinas etc. iſt Wiederverkäufern und Artiſten dringend zu empfehlen, da ein Nachlaß von 25 pCt. auf Normalpreiſe gewährt wird. 8875/L Der Maſſenverkauf dauert nur kurze Zeit.

## Musik-Instrumente.

Größtes Lager in Zithorn, Violinen, Guitarron, allen Blasinſtrumenten, ſowie Harmonikas jeder Art. Muſikwerke zum Drehen und ſelbſtſpielend (mit Arbeiterleibern). Reparaturen ſchnell und gut. Großes Notenlager. Aug. Kessler, 51. Laufſerſtr. 51.

Edelhaus mit Deſtillation, paſſend für Reſtaur., Streliſerſtr. bill. zu verkaufen. 12—15 000 M. Anzahlung. 1 pCt. Ueberſchuß. Off. A. R. 1894 poſt. Tegeler Landſtr. 46. 47/20

Holzmarktſtraße 12 u. 14 Bäder, größere, mittlere, kleine Wohnungen und Pferdeſtälle zu vermieten. Näheres daſelbſt. 1260/b

Rechtsbureau des königlichen Amtsrichters a. D. Alte Jakobſtraße 130. Geſchäftlicher Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntags. 8495/R

Jede Uhr unter Garantie koſtet bei mir zu repariren (außer Bruch) 1,50 Mk. Kleine Reparaturen entſprechend billiger. Uhren, Gold- u. Silberwaaren C. Wunsch, a. d. Oranienplatz

Altes Schankegeſchäft zu verl. Ankauf Reichensbergerſtr. 37, Göße. 121M

Freundl. kleine Wohnungen mit Waſſer, 50—56 Thlr., zu vermieten, Niddorf, Prinz Handjerſtr. 50. 18135/b